

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) Dr. Fritz Maack, Magdeburg. Verantwortlich für den Inhalt: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Mannich u. Co., Magdeburg; Geschäftsstelle: Salsdorfstraße 49, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Dr. Müllingstr. 5. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 981.

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobahn) 3 Mk. 25 Pf., monatlich 90 Pf. — Per Frangobahn in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.90 Mk. In der Expedition und den Magdeburger Vertretungen 2 Mk. — Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Injektionsgebühr: die sechsgehaltene Viertelheft 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restanteil Seite 50 Pf. — Post-Zulagungsstelle Seite 500

Nr. 202.

Magdeburg, Freitag den 31. August 1906.

17. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten einschließlich des Romans „Arbeit“.

## Die Obstruktion des Kalenders.

Aus Wien wird der Magdeburger „Volkstimme“ geschrieben:

Die Sommerferien des Parlaments gehen ihrem Ende entgegen. Am 12. September soll der Wahlreformauschuss und am 18. September das Plenum des Hauses zusammentreten. Es wird die letzte Tagung sein, die diesem Hause beschieden ist.

Mit welchem Tage die verfassungsrechtliche Existenz des Reichsrats erlischt, ist aus dem Text der Verfassung, der von einer sechsjährigen „Wahlperiode“ spricht, nicht klar zu entnehmen. Man verlegt sich daher aufs Interpretieren. Die einen wollen wissen, daß die sechsjährige Wahlperiode mit dem Tage beginnt, an dem vor 6 Jahren die ersten Wahlen für das Abgeordnetenhaus stattgefunden haben. Andere bestimmen jenen Termin, zu welchem die letzten Wahlen durchgeführt wurden, als den Anfang der Wahlperiode.

In Oesterreich sind Reichsratswahlen bekanntlich eine viel kompliziertere Sache als z. B. die Wahlen für den deutschen Reichstag. Während im Deutschen Reich die Hauptwahl für sämtliche Mitglieder an einem Tage durchgeführt wird, braucht man in Oesterreich dazu sechs bis acht Wochen. Nicht nur, daß jede von den fünf Kurien an einem andern Tage wählt, wählen die Wähler in ein und derselben Kurie in den verschiedenen Ländern wieder an verschiedenen Tagen! So kommt es, daß man durch fast zwei Monate aus dem Wählen nicht herauskommt. Es ist eben so eingerichtet, den Wählern und der gesamten Öffentlichkeit den Wahlakt soviel als möglich zu verkomplizieren.

Den Beginn der sechsjährigen Wahlperiode mit einem Wahltermin verquicken zu wollen, ist angehtlich der endlosen Wählerlei auf alle Fälle ein gewagtes Experiment. Schon aus diesem Grunde haben jene, die als den Anfang der Wahlperiode (Legislatur-)Periode den Tag des Zusammentritts des neugewählten Parlaments festgesetzt wissen wollen, die meiste Ansicht, mit ihrer Interpretation durchzudringen. Ein Parlament kann mit seinen konstitutionellen Verpflichtungen doch erst dann anheben und tritt erst dann in den Besitz und Genuß seiner Rechte, wenn es nicht nur vollständig gewählt ist, sondern sich auch konstituiert hat. Nun haben die Wahlen für das gegenwärtige Abgeordnetenhaus wohl schon im Dezember 1900 begonnen, doch konnte das neugewählte Haus erst am 31. Januar 1901 zusammentreten und sich konstituieren. Stellt man sich auf den Standpunkt, daß die Wahlperiode — und unter der Bezeichnung „sechsjährige Wahlperiode“ kann nur die Legislaturperiode gemeint sein, die Zeit, innerhalb welcher die Abgeordneten nach der Konstituierung des Hauses zur Ausübung der Gesetzgebung berechtigt sind — mit jenem Tage zu laufen anfängt, an dem das neugewählte Haus das erste Mal sich versammelt, d. h. zur Ausübung der Legislative einberufen wurde — und erst an diesem Tage hatte es die Möglichkeit, sich zu konstituieren —, so hat das Abgeordnetenhaus noch bis zum 30. Januar 1907 zu leben. Denn erst an diesem Tage werden volle 6 Jahre seit dem ersten Zusammenritt und der Konstituierung verlossen sein. Dem Abgeordnetenhaus stehen somit zur Bewältigung der ihm noch harrenden Aufgaben, unter welchen die Wahlreform an erster Stelle steht, im äußersten Falle wenig mehr als 4 Monate zur Verfügung.

Innerhalb dieser 4 Monate ist aber auch noch eine Delegationsession zu absolvieren. Da die Delegationen das letzte Mal in Wien tagten, werden die nächsten in Budapest tagen. Und da man die Delegationen und das Plenum des Abgeordnetenhauses nicht zu gleicher Zeit tagen lassen will, werden von den 3 Monaten zum mindesten 3 Wochen für die Delegationsession verloren gehen. Für das Abgeordnetenhaus ist das eine sehr empfindliche Einbuße. Das macht es auch erklärlich, daß die Wahlreform die Chancen der Wahlreform, die nach wie vor die alle beherrschende politische Tagesfrage bedeutet, mit dem Kalender in der Hand berechnen. Haben sie schon im Frühjahr und Sommer mit dem Kalender operiert, so werden sie das während der bevorstehenden Herbstsession — der letzten überhaupt — in verstärktem Maße fortsetzen.

Eine Interpretation bezüglich des Anfanges und des Schlußes der Wahlperiode — nämlich eine solche, auf die sich alle Parteien einigen — könnte leicht gefunden werden, würde die Wahlreform nicht auch hier hineinpielen und wie Scheibetruß wirken. Die Feinde der Gleichberechtigung

sind entschlossen, selbst auf diesem Gebiet der Vernunft zu opponieren. Sie können den Vorstoß des Parlaments, selbstverständlich ohne Feststellung der Wahlreform, kaum mehr erwarten. Ein Staatsrechtslehrer, der den Nachweis erbrachte, daß die Lage des Parlaments bereits um sich und das Abgeordnetenhaus nur noch zu Unrecht weiter tagt, der wäre ihr Mann. Sie, die bisher den Gang der Beratungen der Wahlreform wohl schleppend gestalten konnten, aber trotzdem nicht aufzuhalten vermochten, haben ein wesentliches Interesse daran, daß der Lebensfaden des Abgeordnetenhauses beträchtlich abgekürzt werde. Sie werden daher einträchtig zusammenwirken, damit jene Interpretation, die das Abgeordnetenhaus noch vor Weihnachten auslösen will, durchdringt.

Sähen im Abgeordnetenhaus nicht soviel erbärmliche Lumpen, die gegen jede soziale Gerechtigkeit, gegen jeden wirklichen kulturellen Fortschritt mit den schäufstigen Waffen ankämpfen, es wäre dann zur Erledigung der Wahlreform selbst bei Anerkennung jener Interpretation, die die Legislaturperiode im Dezember als abgelaufen betrachtet wissen will, noch hinreichend Zeit vorhanden. Unter den obwaltenden Umständen jedoch werden sich die Anhänger der Wahlreform enger zusammenschließen müssen, als sie es bisher getan haben, soll das Werk bis Ende Januar des kommenden Jahres, aller Fährlichkeiten und Hindernissen zum Trotz, unter Dach gebracht werden. e. r.

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 30. August 1906.

### Politische Landwehrübungen.

Im „Tag“ führen seit einiger Zeit verschiedene Soldaten des Schwertes und der Feder gegeneinander grimmigen Männerstreit. Es handelt sich um die berühmte Frage, ob die Offiziere berufen seien, die künftigen Reichstagswähler in des Königs Noth für die staatsverhaltenden Parteien zu gewinnen. Darüber schreibt jetzt einer, der's versteht, ein Landwehroffizier, das Folgende:

Sobiel ich weiß, bezweckt die Sozialdemokratie zunächst die Abschaffung des Privateigentums. In dem sozialdemokratischen Staat kann jeder nur dasjenige als Privateigentum ansehen, was er am Leibe trägt und was er gerade als Hausgerät besitzt. Bebel schreibt ausdrücklich, „daß es in der neuen Gesellschaft nichts zu erwerben gebe, es sei denn, daß man das Hausgerät als besonders wichtiges Erbeil ansehe“. Die Vermögenskonfiskation soll ohne jede Entschädigung vollzogen werden. Im sozialdemokratischen Zukunftsstaat soll gleiche Arbeitszeit und gleicher Lohn für alle eingeführt werden. Im Programm ist diese Bestimmung enthalten in der Forderung der „Beseitigung aller sozialen Ungleichheit“. Dann kommen noch die Lehren von der „Gleichheit der Menschen“ und den „Reisen der Nationalität“. — Den Soldaten klarzumachen, daß diese Lehren Zerbrechen sind, daß sie jeden Staat zugrunde richten müssen, und daß sie das „Volk“ in erster Reihe schädigen würden — dazu ist der Dienstunterricht sehr wohl imstande. Ich habe es selbst erprobt. Bei meinen Landwehrübungen habe ich über dieses Thema besonders oft gesprochen, auch jedem Landwehrmann frank und offen, auch jeden Landwehrmann frank und unterrichtsständigen Nutzen gestiftet haben. Mir hat mancher Soldat versichert, daß er bisher nichts Neues von der Sozialdemokratie gewußt habe, daß in ihm nur begehliche Hoffnungen erweckt worden seien.

So schreibt ein Mann, der sich Dr. Brüning nennt. Staatswissenschaften scheint er ja nicht studiert zu haben, aber man kann an dieser Probe erkennen, welche Weisheit nun gar erst von nicht akademisch graduierten Herren des ersten Standes zu erwarten ist.

Herr Brüning bemerkt gar nicht, daß er von seinen Landwehrmännern, die ihm nach seinen konfusen Vorlesungen treuherzig versicherten, sie hätten bisher „nichts Neues von der Sozialdemokratie gewußt“, auf die köstliche Manier der Welt — angeulkt worden ist. Aber auch unaufgeklärte Leute, zu denen jene „Treuherrigen“ ganz offenbar nicht gehörten, werden mit großem Interesse erfahren haben, daß im sozialdemokratischen Zukunftsstaat jeder, „was er an seinem Leibe trägt und was er gerade am Hausgerät besitzt“, zum Privateigentum haben wird, daß man also dann nur mehr seinen eignen und nicht „des Königs“ Noth tragen und vor Steuererektionen sicher sein wird.

Wenn übrigens Herr Dr. Brüning des weiteren versichert, daß seine Methode den Dienst zum Vergnügen mache, so müssen wir ihm vollständig recht geben. Unre Aufgabe wird es nur sein, die Leute vor ihrem Heeres-

dienst richtig vorzubereiten, damit ihnen das Vergnügen für solches Vergnügen nicht fehle! —

### Tippel-Stiefel.

Wie die Firma Tippelstirch-Bodbielski mit dem Reichs-Geschäfte zu machen und ihr Monopol auszunutzen pflegte, wird dem „Hannoverschen Anzeiger“ von der abgeklärten Konkurrenz wie folgt geschildert:

Wir sind in der Lage, auf Grund von durchaus glaubwürdigen Mitteilungen aus Berlin festzustellen, daß im Herbst vorigen Jahres eine militärische Kommission unter dem Vorsitz eines Oberstleutnants, die in Windhuf zusammengetreten war, um auftragsgemäß über die Trageberufe mit von Tippelstirch gelieferten Uniformen und Lederzeug Bericht zu erstatten, über das Lederzeug ein durchaus abschälliges Urteil ausgesprochen hat. Das Lederzeug erwies sich als nicht haltbar. Es kam vor, daß Gemeindeführern und andere Bedienstete nach nur kurzer Benutzung rissen. Auch die Stiefel trugen sich nicht gut. Selbst wenn man berücksichtigt, daß auf den harten scharfen Steinen, die in Südwestafrica häufig sind, das Leder stark mitgenommen wird, muß es doch auf eine solche Beschaffenheit schließen lassen, wenn die Sohlen erst nach acht Tagen, in Einzelfällen nach zwei bis drei Tagen durchgelaufen waren. Der betreffende Bericht, dessen Abschluß in Windhuf bei den Akten liegt, ist seinerzeit an das Oberkommando der Schutztruppe, bei dem auch der Major Fischer beschäftigt ist, abgegangen. Man hat aber nie etwas von Folgen dieses Berichtes gehört. Woran mag das liegen? Die vielfach schlechte Qualität der teuren Tippelstirch'schen Lieferungen ist in der Kolonie Gegenstand allgemeiner Klage.

Was ist da Absonderliches dabei? Die Tippel-Stiefel sind eben nicht zum Tippeln eingerichtet. Und Tippel weiß weshalb. Nur andre Leute haben das Rätsel nicht lösen können. —

### Tippel flaggt nicht.

In Berlin hatten aus Anlaß der Schronfolger-Laufe am 29. August alle öffentlichen Gebäude sowie die Häuser der Hof- und Staatslieferanten, Hotels usw. Maggenjahn angelegt. Diesmal aber hat einer nicht mitgemacht. Das Haus der Firma Tippelstirch-Bodbielski in der Potsdamerstraße blieb unbesetzt.

Es ist kein Geschäft mehr zu machen, also ist auch der Patriotismus juckig! —

### Fleischnot und Fleischteuerung.

Ueber die schon kurz erwähnte Versammlung der Münchner Fleischer liegt heute ein ausführlicherer Bericht vor. Es heißt darin:

Amnungsoberrichter Wütz erörterte alle einschlägigen Verhältnisse. Das Gegenteil von dem, was die Agrarier und bayerischen Zentrumsabgeordneten bezüglich der Schlachtviehverzehrung vorausgesagt hätten, sei eingetroffen. Sie und die Regierung hätten auf die sachkundigen Warnungen der Metzger nicht gehört. Die Einfuhr sei durch schändliche unverständliche Verordnungen und Bestimmungen sehr erschwert und enorm verteuert worden. Beschwerden der Metzger habe die bayerische Regierung an den Bundesrat und Reichstangler und der Reichstangler an die einzelnen Regierungen hin verwiesen. Ein hochgestellter Herr habe gesagt, die Junge der Metzger solle sich nur auch an minderwertige Fleischwaren gewöhnen. Staatsminister Graf Feilich habe im Juni im bayerischen Landtag gesagt, die Viehpreise seien im Winter 1905/06 wollten nur die Metzger nicht heruntergehen. Das ist eine ungeheuerliche Beschuldigung gewesen. Der Minister habe noch nicht gesagt, daß er falsch unterrichtet gewesen. Die Regierung habe vom Magistrat München einen entsprechenden Bericht verlangt. Der Magistrat habe dem Bericht über die Schlachthofverwaltung betraut, der Bericht sei aber nicht an den Metzger, kenne ihn nicht, aber er müsse nicht. Die Regierung gewesen sein; denn diese habe im Winter 1905/06 einen Akten genommen. Niemand dürfe von dem Bericht etwas erfahren. Wir stehen heute beinahe bei den Katastrophen. Die Herren vom grünen Tisch sind nicht bei den Wühlhabenden anfragen, denen es auf eine Wühl mehr oder weniger nicht ankommt, sondern bei denen die mit dem Pfennig zu rechnen haben. Die Metzger sind einem Wahren Elend begeben.

Der Antrag, kein Vieh mehr zu kaufen und die Läden zu schließen, wurde für diesmal nicht abgelehnt. Dagegen eine Resolution, die die Desamung der Grenzen verlangt, einstimmig angenommen.

Die bayerische Regierung wird wie den Magistratsbericht so auch diese Resolution zu den — geheimen Akten legen. Es ist eben nicht nur mit den Fleischpreisen und der Fleischnot bei uns in Deutschland ein wahres Elend. —

### Der Schwarze Mer am Kaiserhofe.

Prinz Hans Carolath veröffentlicht in der „Deutschen Tageszeitung“ ein Feuilleton über seine Wasser-Edelmetalle und Metall findende „Wasserschmelze“. Herr Dertel druckt das tolle Zeug, das würdig wäre, ein Kapitel des Herrenhammers zu bilden, gläubig nach. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist, soweit wir wissen



können, bisher das einzige Berliner Blatt, das den Unfug mitmacht; viele andre fallen über die Geschichte mit hochmütigen Spott her. Freilich spotten sie bloß ihrer selbst; denn wer die Mythen des Gottesgnadentums glaubt, für den sollte es doch eine Kleinigkeit sein, auch an Wünsche, Träumen, Luftschlössern, Teufelskünsten, Gesundbetungen, Bleigießen und Geistesbeschwörungen zu glauben.

Die Kulturgeschichte beweist ja auch auf jedem Blatt, daß wo der mythische Glaube an das Gottesgnadentum der Fürsten blühte, es auch an den Nebenerscheinungen des Aberglaubens niemals gefehlt hat.

### Wo der Deutsche geschützt ist.

Der offiziösen „Ständischen Reichskorrespondenz“, die die preussische Regierung in Karlsruhe aushält, wird aus Berlin geschrieben:

Der jetzt erst von der Presse näher aufgegriffene Fall der Erschießung eines Deutschen in Coban (Guatemala) war seit einiger Zeit amtlich anhängig. Bereits vor mehr als zwei Wochen ist die diplomatische Vertretung des Reiches mit der den Umständen gemäßen Weisung versehen worden. Die Einzelheiten des Vorgangs bedürfen noch genauerer Aufklärung. Schon jetzt aber scheint so viel festzustehen, daß der Erschossene sich mit dem Revolver in der Hand einer polizeilichen Festnahme widergesetzt hatte, die wohl nicht als rein willkürlicher Akt vorgenommen werden sollte. Das Weitere muß die in Gang befindliche Untersuchung ergeben, deren Einzelheiten von unserm Geschäftsträger in Guatemala verfolgt werden. Dafür, daß in diesem Falle der Botschaft in Coban oder die diplomatische Vertretung des Reiches es an der nötigen Fürsorge zum Schutz der Reichsangehörigen hätte fehlen lassen, ist kein Beweis erbracht worden und wird auch nicht erbracht werden können.

Auch wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß den Reichsangehörigen im Auslande von den amtlichen deutschen Stellen die nötige Fürsorge entgegengebracht wird. Wenigstens in denjenigen Ländern, wo die amtliche Beschäftigung kein Risiko läuft oder nicht heimliche Interessen der Staatsoberhäupter verletzt. Während gegen Haiti mobil gemacht wird, wenn dort ein Deutscher, der die Landesgesetze übertreibt, festgenommen wird, würde sich für denjenigen Deutschen kein amtlicher Finger rühren, der etwa aktiv auf russischem Boden in den Gang der Revolution eingreifen wollte.

Die Deutschen im überseeischen Auslande dagegen werden wie kostliche Edelsteine beschützt. Auch wenn sie mit dem Revolver in der Hand sich einer berechtigten Verhaftung widersetzen und dabei erschossen werden, tritt ungeschämt der amtliche Konsularapparat für ihre Leiche und eventuell für ihre Hinterbliebenen in Tätigkeit.

Die Deutschen in Haiti, Guatemala, Brasilien und dem Feuerland mögen sich glücklich schätzen, daß sie dort und nicht etwa in Breslau und Nürnberg leben. Hier würden sie abgehackte Hände, schwere Verbundungen, unter Umständen, wenn sie durch Zufall in die Bahn eines Geschosses geraten, die Erschießung riskieren, und jede amtliche deutsche Hand würde diese Bestrafung des „Landfriedensbruchs“ als wohlgefällig und staatsverhaltend segnen. In Guatemala, Haiti und an andern Orten steht dagegen die gesamte Seemacht des Reiches zu ihrer Verfügung, wenn ein Polizist es wagen sollte, sie von einer wirklich schweren Übertretung der Gesetze zurückhalten zu wollen.

So verteilt das Reiches Herrlichkeit verschwenderisch ihre verschiedenen Gaben.

### Eine amerikanische Arbeiterpartei.

Die letzte Nummer des „American Federationist“ enthält das Programm des großen amerikanischen Gewerkschaftsbundes für die nächsten Wahlen. Der Kongreß erinnert daran, daß schon im Jahre 1897 auf dem Kongreß zu Nashville beschlossen worden sei, wenn möglich, Arbeiter in den Kongreß zu wählen, um bessere Gesetze für die Arbeiterschaft zustande zu bringen. Seit Jahren habe der Kongreß die Reformen, welche die Arbeiterschaft fordert, gänzlich vernachlässigt. Am 21. März d. J. hat das Exekutivkomitee der Föderation dem Präsidenten eine Beschwerde eingereicht. In derselben protestierte das Komitee gegen die Behandlung der Arbeiterfrage seitens des Kongresses. Umsonst habe die Arbeiterschaft ein neues Gesetz über den Achtstundentag in den Staatsbetrieben gefordert — das bestehende ist von den Gerichten vielfach für „unkonstitutionell“ erklärt worden —, umsonst habe man die Anwendung dieses Gesetzes beim Bau des Panamakanals gefordert. Ebenso sind alle Forderungen der Arbeiter bezüglich der Konkurrenz der Gefängnisarbeit, der Einwanderung der Chinesen, der Monopolstellung der Kräfte, der Zusammensetzung des Arbeitskomitees des Kongresses und andres mehr gänzlich unberücksichtigt geblieben.

Diese Nichtbeachtung der Arbeiter und ihre Forderungen hat man endlich die Geduld der amerikanischen Arbeiter zum Reizen gebracht. Noch vor nicht allzu langer Zeit äußerte sich der Gewerkschaftsführer John Mitchell dahin, daß eine eigene Arbeiterpartei wohl in Frankreich, Deutschland usw. notwendig sei, wo es ein ganzes Duzend Parteien gäbe, nicht aber in Amerika, wo die beiden traditionellen Parteien so sehr auf die Stimmen der Arbeiter angewiesen seien, daß sie deren Wünschen entgegenkommen müßten.

Die Einsicht, daß die Vertreter anderer Klassen die Interessen der Arbeiterschaft niemals wahrnehmen werden, dümmert den amerikanischen Gewerkschaftler langsam auf. Demnach ist eine Delegiertenkonferenz über die einzuschlagende Politik zu beraten. Das erste Ziel des Kampfes soll die Niederlage aller derer sein, die sich der berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft feindselig oder indifferent gegenübergestellt haben. In Orten, wo sich beide alten Parteien, Demokraten und Republikaner, der Arbeiterschaft feindselig gegenüberstellen, sollen besondere Arbeiterparteiorganisationen gegründet werden. Diese Bewegung, so

heißt es im Manifest, dürfe nicht ausarten in einen Kampf um die Macht.

Man sieht also, die Bewegung ist noch sehr unklar in den Forderungen wie in den Zielen, die ganze Rückständigkeit des amerikanischen Gewerkschaftlerturns und die Zurückheit seiner selbständigen Arbeiterpolitik, die schließlich nur vor einer sozialistischen Feinde tritt deutlich zutage. Nichtsdestoweniger ist diese Bewegung vollkommen zu heißen. Die konservativ-gewerkschaftlichen Führer Compers und Genossen werden schließlich die Geister, die sie riefen, nicht mehr loswerden. Es zeigt sich schon jetzt, daß sie auf dem betretenen Wege werden vorwärts schreiten müssen. So wird angefündigt, daß man für die „ganze Masse des Volkes“ handeln wolle, und es werden in der Tat auch Forderungen allgemeinen Charakters aufgestellt, wie obligatorischer Schulunterricht, direkte Gesetzgebung mit Initiative und Referendum, die Kommunalisierung der Straßenbahnen, der Beleuchtung, der elektrischen Kraft, die Nationalisierung der Eisenbahnen, Bergwerke usw. Der Appell richtet sich auch nicht bloß an die Arbeiterschaft, sondern an alle „rechtlich denkenden Bürger“, an alle, welche die Wirtschaft der Monopole und Trusts satt haben, an alle kleinen Leute.

Wir wiederholen, die Bewegung leidet noch an einer vollständigen Unklarheit und Verwirrtheit, die Führer vermögen noch kein klares Parteiprogramm zu entwickeln, aber der Widerstand, den sie bei den alten Parteien finden werden und die Enttäuschungen, welche ihre Vertrauenslosigkeit ihnen noch einbringen wird, muß auch den amerikanischen Arbeitern mit der Zeit die Ueberzeugung beibringen, daß die Arbeiterklasse ihre Geschicke selbständig in die Hand nehmen muß, daß nur der Sozialismus die Befreiung aus kapitalistischer Knechtschaft bringen kann.

## Die russische Revolution.

### Der Krieg in Polen.

Aus Warschau wird uns geschrieben: „Nach dem Attentat auf den General Skalon wollten die Soldaten das ganze Haus, aus welchem die Bomben geworfen waren, mit Gewehrfeuer beschießen. Es erwies sich aber, daß fast alle Wohnungen von Offizieren und Beamten des Kriegsministeriums besetzt sind; dadurch wurde das Beschießen verhindert.“

Nun drängt die offiziöse Presse zu einer Verschärfung der Repressionsmaßregeln. Das Regierungsorgan „Rossija“ schreibt, daß die Militärbehörden nach dem Reglement über Kriegszustand das Recht eigentlich hätten, Privateigentum zu sequestrieren, falls es für verbrecherische Zwecke benützt wird. Was hier in Aussicht gestellt wird, ist die Haftpflicht der Hausbesitzer für die Mitglieder der Gemeinden für ihre Mitglieder, der Städte für ihre Einwohner, was während der Strafexpeditionen schon bisweilen durchgeführt worden ist. Bei solchen Umständen ist das vom „Ruskoje Slowo“ verzeichnete und von der deutschen Presse schon wiedererlebene Gerücht, es bestעה die Absicht, Geiseln aus der polnischen Gesellschaft zu entnehmen und sie bei politischen Verbrechen zu bestrafen, nichts Unmögliches.

Hier noch einige Beispiele davon, wie in Warschau seitens der Behörden und des Militärs gearbeitet wird:

In der Nacht vom 17. auf den 18. August ging ruhig um 8 Uhr abends ein alter Mann auf der Swoczakstraße; ein Soldat feuerte — der Mann wurde getötet. Die Einwohner des benachbarten Hauses sahen durch die Fenster hinaus, was geschehen war; der Soldat feuerte auf die Fenster, eine gewisse Marianne Chabowska wurde schwer verletzt. Um 9 Uhr abends bemerkte die Patrouille in der Straße Kamajski, daß zwei junge Männer auf einem Balkon saßen, und feuerte; die jungen Leute retteten sich ins Haus; die Soldaten drangen ins Haus hinein, stürzten in die Wohnung, zertrümmerten das Mobiliar, ergriffen die zwei jungen Leute und prügelten sie so erbarmungslos durch, daß beide schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht wurden. Um 10 Uhr abends feuerten Soldaten auf den durch ein Fenster hinaussehenden Jabszycki und verwundeten ihn. Es sind dies nur vereinzelte Beispiele... Die Verhafteten werden in den Polizeirevierern so unmeniglich gejagt, daß einige infolge der erlittenen Schläge gestorben sind.

Wenn die Soldaten nach den Attentaten die Straßen entlang auf Gerate wohl schießen, so werden nicht nur Frauen und Kinder, sondern auch Offiziere, die aus Fort Irtisch zurückgekommen sind, dabei getroffen.

Das bürgerlich-radikale „Dio“ (9./22. August) druckt als Kuriosum die Briefe eines regierungsfreundlichen Russen aus Warschau ab, der die eigentliche Machtlosigkeit der Behörden schildert; die revolutionären Organisationen sind eigentlich die Herrscher, ihnen gehorcht die Bevölkerung. Der reaktionäre Briefschreiber dringt auf eine noch größere Verschärfung der Repressionsmaßregeln, auf volle Zuspitzung der draconischen Härten: ein Wurosojew, wie in Wilna, ist nötig. 300 000 Bajonette sind in Polen verankert und genügen nicht, nur die Macht der Regierung aufrechtzuerhalten! Der ganze 40 Jahre lang ausgebildete Regierungsapparat ist da; und er erweist sich als wirkungslos. Es bleibt nur noch eins übrig: die Häuser zu vernichten, wie es im Kaukasus getan wurde. Alles andre ist erprobt worden, und ohne Ergebnis.“

### Letzte Nachrichten.

St. Petersburg, 30. August. Von den beim Attentat ums Leben gekommenen wurden nunmehr auch die Fürstin Annalogen sowie die Oberstin Jotomina und ihr achtjähriger Sohn erkannt.

Warschau, 30. August. An Stelle des abtretenden General-Gouverneurs Skalon wird nunmehr ein General Orlov, der seitdem bekannte Anführer der holländischen Strafexpedition, oder General Miller-Sabomelski, der sogenannte Berufiger Republikaner, in Aussicht genommen. Inzwischen ist, daß in Warschau eine noch schärfere Tendenz in Anwendung kommen soll. Nach ihrer bisherigen Tätigkeit zu schließen, würde der Delator der Reichs Ernennung für die polnischen Einwirkungen der Militärbehörden in Warschau bedeuten.

\* Tientsin, 30. August. Auf den hiesigen russischen Konsul Kapten wurde gestern ein Attentat verübt. Der Konsul wurde schwer verwundet. Der Täter heißt Lewinski.

\* Odesa, 30. August. Das hiesige Militärgericht erhielt jetzt das Material zugestellt zur Verhandlung des Prozesses wegen Fortnahme der Station Alexandrowka durch die Revolutionäre. Angeklagt sind 140 Eisenbahnbeamte, Telephonisten und Arbeiter sowie zwei Offiziere. Die Zahl der aufgetriebenen Zeugen beläuft sich auf mehrere hundert.

St. Petersburg, 30. August. (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) „Daily Express“ meldet aus Warschau, daß dort zwei Arbeiter des holländischen Gaswerks unter dem Verdacht, an dem Attentat gegen den General Skalon beteiligt zu sein, verhaftet werden sollten. Die beiden Männer flüchteten in einen vorbeifahrenden Omnibus, in dem verschiedene Personen verwundet wurden. Mit Hilfe von Soldaten wurde der Omnibus zum Stehen gebracht und die beiden Arbeiter in Gewahrsam genommen.

St. Petersburg, 30. August. (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) Die Polizei in Moskau entdeckte 135 Bombenfabriken mit vollständig eingerichteten Werkstätten. Große Vorräte von Sprengmitteln wurden beschlagnahmt. (?? Red.)

St. Petersburg, 30. August. (Eigener Drahtbericht der „Volkstimme“.) Auf der Straße Moskau-Petersburg wurde ein fürchterliches Attentat auf einen Schnellzug geplant. Ein reitender Beamter fand unter den Schienen Bomben, die mit vier Pfund Pyroglycerin geladen waren. (Wahrscheinlich Spitzelarbeit. Red.)

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 30. August 1906.

### Achtung, Stadtverordnetenwähler!

Freitag ist der letzte Tag zur Einsichtnahme in die Wählerlisten zur Stadtverordnetenwahl. Seht die Listen nach! Dieselben liegen für die Altstadt im Steuerbureau, Spiegelstraße 1, 1 Tr., Zimmer 9, für Sudenburg, Neustadt und Budau in den Rathhäusern der betreffenden Stadtteile aus. Es ist nötig, daß die Stadtverordnetenwähler sich überzeugen, daß ihre Namen in der Liste stehen. Wer verhindert ist, selbst Einsicht zu nehmen, wende sich an folgende Stellen:

Magdeburg: Albert Gorgas, Blauweilstraße 10, Gustav Böhm, Kleine Klosterstraße 15/16, Eduard Thiering, Tischlerfruchtstraße 28, Möring, Bahnhofstraße 15b, Aug. Wollenhauer, Blumenhal- und Kaiserstraßen-Ecke 57, Anton Lüchtersfeld, Knochenhauerufer 27/28.

Wilhelmstadt: Karl Rankau, „Luisenpark“, Spielgartenstraße 1c.

Alte Neustadt: Wilhelm Lachenmacher, Ottenbergstraße 13, Heinrich Buhro, Moldenstraße 43/45.

Neue Neustadt: Grahlmann, Hofstraße 4b, Heinrich Brunow, Weißer Girsch, Franz Nisse, Umfassungstraße 21, Aug. Rämpf, Sennigstraße 13, früher Leopoldstraße.

Sudenburg: Franz Königstedt, „Berkster Bierhalle“.

In der Altstadt, Neue und Alte Neustadt und Sudenburg müssen die Genossen in diesem Herbst wählen. In diesen Stadtteilen müssen die Wählerlisten also ganz besonders sorgfältig geprüft werden.

## Magdeburg.

I. Ueber die rechtlichen und sozialen Grundlagen der deutschen Städte und über ihre Verfassungs- und Verwaltungsorganisation hat der Verein für Sozialpolitik Erhebungen vorgenommen. Eine Abhandlung über Magdeburg ist von Herrn Stadtrat Lübbekens verfaßt. Die Arbeit ist in sechs Abschnitte eingeteilt: 1. Stadtgebiet, Einwohnerzahl, Bürgererschaft. 2. Vertretung der Bürgererschaft. 3. Gemeindefortbestand und Gemeindebeamte. 4. Verhältnis des Gemeindefortbestandes zu der Gemeindevertretung. 5. Heranziehung des Bürgers zu anderen städtischen Ehrenämtern. 6. Verhältnis der Stadt zu den umliegenden Landgemeinden.

Zu Beginn des ersten Abschnitts heißt es: „Ein weitaustragender Handel, lebhafte Schifffahrt, blühendes Gewerbe und eine hervorragende Industrie, insbesondere Eisen- und Metallindustrie, sind die Grundlagen des Erwerbslebens der Stadt Magdeburg. Sie sind die Hauptquellen ihres Wohlstandes, ihrer Kauf- und Steuerkraft.“ Der Verfasser schildert dann die Lage der Stadt, gibt ihre Einwohnerzahl an und sagt vom Stadtgebiet, daß es sich zusammensetzt aus dem Gebiet des alten Magdeburg und denjenigen der unmittelbar vor ihren Toren belegenen, früher selbständigen Stadtgemeinden Sudenburg, Neustadt und Budau, welche in den Jahren 1867, 1886 und 1887 eingemeindet worden sind; es hat einen Flächeninhalt von rund 5549 Hektar. Hieron sind wegen ihrer Benutzung zu öffentlichen Zwecken (Wege, Eisenbahnen, Flüsse, Wälder) 1188 Hektar ertraglos, 838 Hektar Hofräume und 17 Hektar steuerfrei, so daß rund 3513 Hektar steuerpflichtige Liegenschaften vorhanden sind.

Nach den Bestimmungen der Städteordnung für die sechs städtischen Provinzen vom 30. Mai 1853, der Grundlage der städtischen Verfassung, werden die Begriffe der Gemeindeangehörigkeit und des Bürgerrechts erörtert. Neben 7500 friberechtigten Militärpersonen des aktiven Dienststandes zählte Magdeburg Ende Juli 1904, dem für die im Herbst 1904 abgehaltenen Stadtverordnetenwahlen maßgebenden Zeitpunkt, rund 227 200 Einwohner, nämlich 117 700 weiblichen und 109 500 männlichen Geschlechts. Von den letzteren waren präsumtiv über 24 Jahre alt 66 088 Personen. Wahlberechtigt, also Bürger waren nur 39 267, d. h. rund 13 Proz. der gesamten Einwohnererschaft.

Die soziale Gliederung der Einwohnererschaft wird nach der Berufszählung vom 14. Juni 1895 angegeben. Damals zählte die Bevölkerung außer den Militärpersonen 201 141 Einwohner im Sinne des § 3 der Städteordnung. Durch



# 1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 202.

Magdeburg, Freitag den 31. August 1906.

17. Jahrgang.

## Geschäftsbericht des Parteivorstandes.

### Wahlrechtsbewegung.

Deutschland zählt unter seinen 24 Bundesstaaten drei Neupublikten. Die „freien Hansestädte“ sind die offizielle Ausdrucksform. Immerhin gelangte eine Bestimmung zur Annahme, die den Parteigenossen nicht nur das weitere Vordringen erschweren soll, sondern auch dazu bestimmt ist, den Einfluss der sozialdemokratischen Einwirkung auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Bis zu der angeordneten Veränderung bestand für jeden männlichen Nachkommen eines bremischen Staatsangehörigen die Verpflichtung, das bremische Staatsbürgerrecht zu erwerben. Diese Verpflichtung war mit der Zahlung von 16,50 Mark verbunden. Im „Interesse“ der nundermittelten Klassen wurde die Verpflichtung der Erwerbung des Bürgerrechts, an das das Wahlrecht gebunden ist, aufgehoben. Es muß nun Aufgabe der organisierten Genossen sein, eine ständige Agitation für die Erwerbung des Bürgerrechts zu unterhalten, damit die Finesse der Vertreter des „gefüllten Beutels“ aufgehoben gemacht wird.

In Hamburg gingen von 160 Mandaten der Landesgesetzgebung 80 aus den sogenannten allgemeinen Wahlen hervor, das heißt 80 Vertreter konnten von den Bürgern gewählt werden. Das Bürgerrecht erhält aber nur derjenige Staatsangehörige, der fünf Jahre hintereinander Einkommen von mindestens 1200 Mk. versteuert hat. Am 10. Mai 1906 hatte der Senat eine Vorlage eingebracht, nach welcher den Besitzenden 104 Sitze gesichert werden sollten. Die Einteilung sollte wie folgt sein: 40 Abgeordnete von den Hausbesitzern, 40 Abgeordnete von den Notaren, 24 Abgeordnete von den sogenannten Notabeln, Richtern, hohen Beamten usw. gewählt, 9 sollte das Landgebiet und 72 die Stadt wählen. Weiter wurde bestimmt: Bürger, welche mindestens 8 Jahre hintereinander ein Einkommen über 6000 Mark versteuert haben, 24 Abgeordnete, die Bürger mit einem Einkommen von 3000 bis 6000 Mark 24 Abgeordnete und die Bürger mit einem Einkommen von weniger als 3000 Mark auch 24 Abgeordnete wählen. Als das elende Dreiklassenwahlrecht, verschlechtert durch den Ausschluß aller der Staatsbürger, die wegen ihres niedrigen Einkommens nie das Bürgerrecht erwerben und ferner verschlechtert durch das Hausbesitzer- und Notabelnvorrecht. Die Vorlage ging, nachdem sie in erster Lesung in der Bürgerschaft durchberaten war, an eine Kommission, deren Bericht zum Weihnachtsest erschieben. In der Kommission hatte man die zwei höchsten Klassen miteinander verschmolzen und nun folgende Verteilung der Mandate vorgenommen: 40 Mandate für die Notabeln, 40 Mandate für die Hausbesitzer, 48 Mandate für die Bürger mit einem Einkommen von mehr als 2500 Mark, 24 Mandate für die Bürger mit einem Einkommen von unter 2500 Mark und 8 Mandate für das Landgebiet.

Das Erscheinen dieses Berichtes wirkte auf die Bevölkerung wie Feilschen. Es trat eine Erregung ein, wie Hamburg sie noch nicht gesehen hat. In Protestversammlungen, Flugblättern usw. wurde dieser Streich heftig kritisiert. Am 17. Januar, als in der Bürgerschaft die Entscheidung fallen sollte, hatten unsere Genossen zu nachmittags 4 Uhr eine Reihe von Protestversammlungen einberufen. Bald nach Mittag füllten sich die Versammlungsorte. Die Beteiligung war so stark, daß fast sämtliche Fabriken zum Stillstand kamen; selbst die Miterdampfer, die den Verkehr zwischen Hamburg und den an der Elbe gelegenen Vororten vermitteln, wurden gleich nach Mittag angehalten und ihre Befahrung eilte in die Versammlungen. Ruhig in der Form, aber entschlossen in der Sache protestierte Hamburgs Bevölkerung gegen den Gewaltstreich. Der Versuch der Schamacherpresse, einen Kravall, der am selben Abend ausbrach, als Folge des Protestes der Hamburger Arbeiter zu benutzieren, scheiterte kläglich. In der Erkenntnis, daß dieses Treiben der

Herrschenden Hamburgs keine Kritik vertragen könne, konfiszierte die Polizei das ganze Versammlungsrecht. Am 31. Januar wurde dann der Wahlrechtsstreik in der Form durchgeführt, wie die Kommission in der Bürgerschaft es vorge schlagen hatte.

In Sachsen kam fast gleichzeitig der lang zurückgehaltene Groll der Arbeiter über den Wahlrechtsstreik vom März 1898 mit elementarer Gewalt zum Ausbruch. Schon im Februar 1904 hatte die Regierung anerkannt, daß das jetzige Wahlrecht unhaltbar sei. Im September 1905 war die Wahlrechtsbewegung für die Landtagswahlen ein Kampf gegen das Dreiklassenwahlrecht geworden. Mit der Beendigung der Wahl war in der Bewegung gegen das Wahlrecht kein Stillstand gekommen. Eine Verschärfung der Bewegung trat ein, als der Landtag Ende Oktober zusammentrat. Am 8. November erließ das Zentral-Agitationskomitee einen Aufruf, in welchem die Genossen aufgefordert wurden, im ganzen Lande durch einheitliche Massendemonstration am Sonnabend den 18. und Sonntag den 19. November die Forderung der Arbeiter bezüglich des Wahlrechts zu erheben. In diesen Tagen zeigte sich, wie das sächsische Proletariat den Wahlrechtsstreik empfindet. Im ganzen Lande waren die Versammlungen überfüllt. Das Volk zeigte, daß es einmütig ist in der Forderung des allgemeinen, geheimen, gleichen und direkten Wahlrechts für den Landtag. In Leipzig und andern Orten kam es zu gewaltigen Massendemonstrationen. In der Debatte über die von den Freisinnigen und Nationalliberalen eingebrachten Wahlrechtsinterpellationen erklärte der Staatsminister v. Meißner am 27. November, daß es im wesentlichen beim alten bleiben solle. Die Regierung werde weiter prüfen, aber keinen Entwurf einbringen, von dem sie annehme, daß er in der auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählten Kammer abgelehnt würde. In derselben Sitzung kündigte Genosse Goldstein an, daß die Demonstrationen fortgesetzt werden, bis man dem Volke gebe, worauf es Anspruch habe. Am 8. Dezember fanden wieder große Massenversammlungen statt, die in Dresden, Chemnitz, Wurzen, Plauen, Iwida und andern Orten zu großen Straßendemonstrationen führten. In Dresden kam es zu Konflikt mit der Polizei, als die Massen in die Stadt einzogen.

Am 12. Dezember erklärte v. Meißner in der Zweiten Kammer: „Die Regierung ist bereit, die Wahlrechtsfrage in eingehende Erwägung zu ziehen; sie wird auch nicht ermangeln, sobald sie den Weg gefunden hat, die Initiative zu ergreifen. Sie würde aber dankbar sein, wenn sie bei diesen Bestrebungen von der Kammer unterstützt würde.“

Bisher hat die Regierung noch nicht den Weg gefunden. v. Meißner hat seinen Posten verlassen und an seine Stelle ist Graf Hohenthal getreten. Mögen die Personen im sächsischen Ministerium wechseln, so oft sie wollen, das Proletariat wird auf seinen Forderungen bestehen, bis es das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht errungen hat.

Die Wahlrechtsbewegung wurde sozusagen international. Nicht allein in Deutschland, sondern auch in Oesterreich-Ungarn und Rußland gährte es. In Oesterreich kam die Wahlrechtsbewegung in „gewaltigen Straßendemonstrationen zum Ausdruck. Am 29. Oktober empfing der zum ungarischen Ministerpräsidenten ernannte General Fejervary eine Deputation der verschiedensten Parteien und trug dieser sein Programm vor. Er erblickte in der Herrschaft der Besitzenden und dem Ausschluß der Arbeiter aus der Gesetzgebung die Ursache der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Minderwertigkeit Ungarns. Sollte Ungarn in die Reihe der Kulturstaaten einrücken, dann könne es nur geschehen, wenn man den Arbeitern das Wahlrecht einräume.

Diese Rede wirkte weit über die Grenzen Ungarns hinaus. Formlich elektrisierend wirkte die Rede auf die österreichische Reichshälfte. Der bisherige Sturm gegen das bestehende Wahlrecht wurde zum Orkan. Auch in Rußland hatte die Revolution inzwischen den Zaren zu dem bekannten Oktobermanifest gezwungen. Es war selbstverständlich, daß das preussische Proletariat mit seinen Forderungen auftrat. War schon im Wahlkampf von 1903 und auf dem preussischen Parteitag im Dezember 1904 der Beschluß gefaßt, eine energische Agitation gegen das Dreiklassenwahlrecht zu entfalten, so brach jetzt mit elementarer Gewalt eine Bewegung in diesem Sinne durch. Am 6. November wurde in Breslau beschloffen, „an den Parteivorstand das Ersuchen zu richten, in Anbetracht der Vorgänge in Rußland

und Oesterreich in Gemeinschaft mit den Berliner Vertrauensleuten zu erwägen, ob nicht beim Zusammenritt des preussischen Landtags auch bei uns die Wahlrechtsfrage aufzurollen sei. Im bejahenden Falle sollen die Parteigenossen im ganzen Staate am Wuchtag für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zum Landtag demonstrieren.“

Soweit bei diesen Demonstrationen an Straßendemonstrationen gedacht war, stand dieser Beschluß im Widerspruch mit den Beschlüssen des preussischen Parteitags. Dort war beantragt, der Wahlrechtsresolution folgenden Zusatz zu geben: „Desgleichen fordert der Parteitag die Genossen auf, bei solchen Anlässen in allen Großstädten und Industrieregionen Massendemonstrationen größten Stils gegen die Klassenwahl und für das demokratische Wahlrecht zu veranstalten.“

Dieser Antrag war aber von der übergroßen Mehrheit des Parteitags abgelehnt worden. Der Parteivorstand wies in einer am 10. November veröffentlichten Erklärung auf diesen Umstand hin, er beschloß aber, nun eine Agitation im Sinne der am dem preussischen Parteitag beschlossenen Resolution einzuleiten. In Verbindung mit den Berliner Vertrauensleuten wurde beschlossen, ein Flugblatt in ganz Preußen zu verbreiten und gleichzeitig überall Versammlungen einzuberufen, in welchen gegen das bestehende Unrecht protestiert werden sollte. Dieser Plan fand auch im ganzen Lande begeisterte Zustimmung.

Am 14. Januar wurde das Flugblatt in circa 6 Millionen Exemplaren verbreitet. Der nächste Sonntag wurde als Tag für die Versammlungen bestimmt. Der Umstand, daß dieser Tag in der Geschichte der Revolution von besonderer Bedeutung ist, da am 21. Januar 1793 Ludwig 16. in Paris hingerichtet wurde, wie es auch der Jahrestag der Mezeleien in St. Petersburg war, mochte dazu beitragen, die Herrschenden besonders nervös zu machen. Ganz planlos wurden unsere Flugblätter konzipiert. In demselben Flugblatt fanden die Staatsanwälte je nach ihrem Temperament alle erdenklichen Vergehen und Verbrechen, obwohl es doch nur sagte, was ist. Mit dünnen Worten den sogenannten Rechtszustand in Preußen schildern, das ist aufreizend für die Masse. So kam es, daß die Konfiskationsbefehle als Grund zur Konfiskation Hochverrat, Aufreizung verschiedener Klassen zu Gewaltthatigkeiten, Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen, groben Unfug usw. angaben, und schließlich erklärten die Gerichte, daß weder Vergehen noch Verbrechen vorlägen. Nur das Landgericht in Stargard hatte ein den staatsanwaltschaftlichen Anschuldigungen entsprechendes Rechtsempfinden, und beurteilte einige Genossen, die wieder das Flugblatt geschrieben noch vor der Verbreitung gelesen hatten.

Der 21. Januar wurde ein Kriemhildtag für die Sozialdemokratie. In tausenden Versammlungen war das Volk zusammengekommen, um seinen Forderungen Geltung zu verschaffen. Zwar hatten die Schamacher gehofft, daß nun ein Tag gekommen sei, an welchem ein Überfall am Volke vollzogen werden könne. Die Vorbereitungen dazu waren überall getroffen worden, aber diese Pläne wurden durch die Haltung der Massen durchkreuzt. Die Arbeiter zeigten dieselbe Ruhe und Entschlossenheit, mit denen sie auch das Sozialistengesetz zu Falle gebracht haben. Einmütig waren die Parteigenossen der Ansicht, daß die Bewegung fortgesetzt werden müsse. So wurden der 18. März und der 1. Mai Demonstrationstage für das allgemeine Wahlrecht.

Das preussische Ministerium glaubte jedoch, das Volk noch beruhigen zu müssen, denn nur als einen Hohn kann man die beiden Vorlagen, durch welche das Dreiklassenwahlgesetz, welches noch keinen Tag zu Recht bestanden hat, abgeändert wird, und die das Dreiklassenparlament, getreu seinem Charakter, annahm. Aber die Bewegung ist in Fluß. Die Arbeiterklasse Preußens wird nicht ruhen und rasten, bis sie ihr Staatsbürgerrecht erobert hat. Der Landtag beschließt über Fragen, welche das Interesse der Arbeiter berühren, und er entscheidet immer so, wie in jedem Schamacherthum auch entschieden werden würde. Das hat er bei seiner Stellungnahme zum Berggesetz, zum Knappschaftsgesetz, zum Gesetz über die Unterhaltung der Volksschule usw. bewiesen.

Der Landtag hat weiter über die Lage der fiskalischen Verhältnisse zu entscheiden, deren Zahl bereits auf 750 000 angewachsen ist. Aber er versucht auch auf das Gebiet der Reichsgesetzgebung überzugreifen. Am 3. Februar forderten die Abgeordneten Schröder, Tafel (nsl.), Schmieding vom Zentrum und die Kon-

## Adolf.

Aus dem Französischen des J. Normans.

I.

Es war zur Zeit der Belagerung von Paris im Jahre 1871. In einem trüben Januarabend verließ Herr Reboullet mühsam die Mairie des neunten Bezirks, wo er als Vorsitzender der Lebensmittelverteilung beigezogen hatte. Die Kappe des zum Garnisonsdienst kommandierten Nationalgardisten über die Ohren gezogen, ein vorfahrtswidriges Halsstuch umgebunden, schritt er durch die Märhyerstraße der Avenue Trudaine zu, wo er im vierten Stockwerk ein paar einfache, aber helle Stuben bewohnte. In der Papierergzeugung hatte sich Herr Reboullet, von einem tüchtigen Gesellschafter unterstützt, ein kleines Vermögen erworben und lebte nun, nachdem er sich vom Geschäft zurückgezogen hatte, von dem Erträgnis einer bescheidenen Rente.

Zu Hause angelangt, herrte er die Flur für auf und rief eintretend in komischem Pathos: „Virginie, Adolf wird dran glauben müssen!“

Im matten Schein der Lampe saß Virginie und nähte. Sie war etwa vierzig Jahre alt, üppig und blond.

Bei den Worten ihres Mannes hatte sie sich ängstlich erhoben. Zitternd sammelte sie, kaum vernehmbar: „Adolfchen, du lieber Gott!“ Dann sank sie zurück auf den Stuhl und starrte wie geistesabwesend zur Decke.

Reboullet warf nacheinander Kappe, Halsstuch und Seitengewehr auf sein Bett, stellte sich vor den Spiegel und prüfte ein wenig das andermal mit der Hand über seine rötliche Glatze, an der trotz der Winterkälte einige Schweißtropfen standen.

„Ja... Adolf muß getötet werden!“ rief er plötzlich hervor und begann, die Hände in den Hosentaschen, im Zimmer auf und ab zu gehen. „Es ist hart, aber es muß sein... Schon lange habe ich es beschloffen. Ich habe das Opfer bloß hinausgeschoben, so lange es ging... Jetzt aber... Was jagst Du?“

Frau Reboullet sagte nichts. Sie rührte sich nicht einmal. Nur zwei Tränen, zwei große Tränen des Mitleids rollten über ihre Wangen.

„Du weinst!... Selbstverständlich... auch ich... wenn ich kein Mann wäre. Aber, zum Teufel, man muß sich ins Unabänderliche fügen. Glaubst Du übrigens, daß ihm noch was am Leben liegt? Er ist schon alt, dabei katastrophisch, er hätte es ohnehin nicht mehr lange gemacht.“

„Bei guter Pflege,“ wimmerte Frau Reboullet.

„Rein nein.“

„Nur ein wenig warten...“

Reboullet stellte sich vor seine Frau hin und jagte mit jenem Tonfall: „Virginie, es gibt etwas, wobei ich keinen Spaß verlasse: das ist unser guter Ruf. Nun, Feuerste, der steht auf dem Spiele.“

„Unser guter Ruf?“

„Ja, Adolfs wegen werden wir in der ganzen Nachbarschaft mißgünstig angesehen. Trotzdem ich es Dir unterjagt habe, führst Du ihn täglich spazieren und dabei ist er polizeiwidrig! Die Welt sieht schwarz, nicht wahr? Man findet es fonderbar, unpatriotisch... Du hörst es, unpatriotisch, daß wir zu einer Zeit, wo so viele arme Leute nicht einmal ein Stück Pferdeschweif haben, ein überflüssiges Maul kosten. Aber nicht nur in unserm Viertel spricht man davon, das Gerücht dringt immer weiter... sogar in der Mairie ist es schon bekannt... denk Dir, in der Mairie! In der letzten Zeit ziehen sich alle fünf von mir zurück. Warum? Soeben bei der Lebensmittelverteilung hat Sergeant Boze mir höflich zugerufen: „Adolf noch immer wohl?“ Da begriff ich.“

Das Opfer muß gebracht werden.“

Reboullet hatte die Worte rasch hintereinander hervorgestoßen mit der ungemessenen Hast des Feigen, der Rut gefaßt hat.

Nach einer Pause flötete Frau Reboullet: „Aber wer wird ihn... ich könnte es nie...“

„O, so herzlos bin ich nicht, um Dir das zugumuten, auch ich wäre es nicht imstande, nein... Rosa soll es besorgen.“

„Die wird es nicht tun... sie hat ihn viel zu lieb.“

Ohne zu erwidern, rief Reboullet: „Rosa!“

Ein Mädchen trat ins Zimmer, umgeschlagen, knochig, die Hände auf die Hüften gestützt, mit einem feindseligen Blick. Feinlich begann Reboullet, indem er sich auf den Kamin stützte: „Mein liebes Kind, es handelt sich um einen Dienst... einen großen Dienst. Ich weiß, er wird Dir schwer fallen, doch hoffe ich, daß Du uns, zumal wir gegen Dich stets so gut...“

Rosa wurde mißtrauisch.

„Es handelt sich nämlich um folgendes: Wir sind gestunken, Adolf beiseite schaffen, ihn zu töten. Da wir aber nicht den Mut besitzen, dies selbst zu tun, meine Frau und ich, und auch befürchten, daß fremde Leute seinen Tod verschärfen könnten, bitten wir Dich...“

Von Rosas Gesicht schwand der mißtrauische Zug. Das also war der große Dienst! Adolf umzubringen, der einem soviel zu schaffen gab.

Wir wollen aber um Himmelswillen nicht wissen, wie Du das machst und wann Du ihn tötest!“

„Donnerwetter,“ sagte Reboullet, „das möchte ich auch nicht, nein! Morgen habe ich keinen Dienst, meine Frau und ich gehen um zehn Uhr aus, um zwölf sind wir wieder zurück, und unterdessen... nicht wahr?“

„Wie der Herr befiehlt... aber es fällt mir wahrhaftig schwer, so wahr ich...“

„Das gereicht Dir zur Ehre, Kind... hier!“ Er gab ihr ein Goldstück. Nur zögernd nahm es Rosa. Doch kaum hatte sie die Tür hinter sich geschlossen: „Rein Frank! Das Doppelt soll ich gegeben, um das Schmutzvieh loszuwerden!“

II.

Ein lächerliches Produkt der Kreuzung eines Rebekes und eines Windspiels, mit ungewöhnlich langen Ohren, den Schwanz nach aufwärts gekrümmt, dickhäutig und schmalhäutig, war Adolf schon aus ästhetischen Gründen kaum begehrenswert. Der fonderbare Name Adolf stammte nicht, wie literarisch-böse Leser vielleicht vermuten werden, aus dem berühmten Namen, von Benjamin Constant — o nein! Das Tier hatte seinerseits einem Vater Reboullets gehört, einem Maler namens Bergastier. Dieser Bergastier, ein Bohemien mit breitkrempigem Hut und flatternder Halsbinde, hegte einen wilden Haß gegen die guten Bürger, den er bei jeder Gelegenheit bekundete. Und die Bergastier, die er mit glühender Seele haßte, gipfelte für ihn in der Person des Herrn Thiers. So kam ihm der Gedanke, seinen Haß, der von außerordentlichem Häßlichkeit war, den Verharmen des erlauchtesten Staatsmannes zu geben. Nach dem Thiers-Bergastiers nahm das Ehepaar Reboullet den herrenhosen Adolf auf.

Herr und Frau Reboullet dachten an diese Vergangenheit und noch an manches andre, als sie am nächsten Tage um zehn Uhr nach dem letzten Abschied von Adolf beschäftigt am dem Hause schritten. Frau Reboullet sah verneint aus, ihr Gatte war gelb wie eine Zitrone. Fastig gingen sie die Avenue Trudaine auf und ab. Sie konnten es nicht ertragen, Adolfs Sterben mit anzusehen, doch wollten sie auch nicht weit entfernt von der Stätte sein.

Es war das Paris der letzten Zeit der Belagerung, das tragische Paris im Eise. Menschenleer lag die Straße da. Nur selten zog eine Abteilung Mobil- oder Nationalgardisten in aufgelöstem Gliede vorüber... Von den Dächern kroch die Sonne unablässig auf den Bürgersteig. Ueber der Stadt wölbte sich düster ein bleierner Himmel, und da die Deutschen in den letzten Tagen schossen, nahm der dumpfe Donner vom Süden her kein Ende.

Ihren traurigen Gedanken nachhängend, schritten Herr und



verbalten, daß die Unfallrenten von weniger als 25 Prozent der Vollrente nicht mehr ausbezahlt werden sollen, die bei der Arbeit verunglückt sind, keine Renten zugewilligt werden sollten, und der preussische Landwirtschaftsminister v. Roddebach versprach, in diesem Sinne wirken zu wollen.

Die in den Versammlungen vom 21. Januar angenommene Resolution wurde von den preussischen Mitgliedern des Reichstages dem Reichstag und dem Abgeordnetenhause in Form einer Petition überreicht. Diese wurde durch Annahme der Gesetzesvorlagen betreffend die Aenderung des Wahlgesetzes für erledigt erklärt.

Im Januar setzte auch in Eljah-Bohringen eine Bewegung zur Erlangung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für den Landesauschuss ein. Am 28. Januar fanden in allen größeren Orten des Reichslandes Versammlungen statt, in denen das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht gefordert wurde. Die Beschlüsse der Versammlungen wurden dem Landesauschuss mitgeteilt. Im Mai wurde unsern Genossen der Bericht der Petitionskommission zugestellt, aus welchem hervorgeht, daß die Petitionskommission die Forderungen der Arbeiter abgelehnt hat.

Im Großherzogtum Sachsen-Weimar forderten unsere Genossen das allgemeine Wahlrecht für die Landtagswahlen. Eine Anzahl Versammlungen, in denen die Frage erörtert werden sollte, wurde nach hergebrachter Sitte des Landes verboten. Aber die Regierung brachte eine Vorlage zum Wahlgesetz, durch welche das Wahlrecht nicht verbessert, sondern den Besitzenden das Wählen erleichtert werden und einige Aenderungen der Wahlbezirke vorgenommen werden sollten. Am 16. Februar kam diese Vorlage im Landtag zur Verhandlung. Unsere Genossen benutzten diese Gelegenheit, das ganze reaktionäre Treiben in jenem Wustlande zu geißeln und stellten den Antrag, daß für je 10 000 Seelen ein Abgeordneter von allen über 20 Jahre alten Staatsbürgern durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit Anwendung der Verhältniswahl gewählt werden solle. Dieser Antrag unserer Genossen wurde abgelehnt und die Regierungsvorlage, die noch eine Verschlechterung des bestehenden Wahlrechts enthielt, angenommen.

In Braunschweig hatten ebenfalls die Arbeiter in Versammlungen, welche am 21. Januar stattfanden, das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht gefordert. Am 23. Februar hatte der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei in einer Eingabe an den Landtag diesem drei Forderungen der Arbeiter unterbreitet. Am 31. März wurde über diese Eingabe im Landtag verhandelt, der entsprechend dem Vorschlag der Petitionskommission über die Forderungen der Arbeiter zur Tagesordnung überging.

Auch in A h a l t hatten sich unsere Genossen mit einer Petition an den Landtag gewandt, in der sie, entsprechend unserm Programm, das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen forderten. Diese Petition führte am 28. März zu einer großen Debatte im Landtage. Schließlich nahm aber der Landtag den Antrag seiner Petitionskommission an, die den Übergang zur Tagesordnung empfahlen hatte.

In K e i s e r l. wurde der Kampf zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für den Landtag am 14. März und in A l t e n b u r g Mitte Mai eingeleitet.

So immer die Bewegung einsetzte, rief sie bei den Herrschenden Angst hervor. Eingeleitet wurde diese Angst in dem Staat, dessen Regierungssystem nur für den Geschichtsforscher interessant ist, indem er dort am präzisesten Beispiel studieren kann, unter welcher traurigen Verhältnissen die Wähler einst gelitten haben. Aus A l t e n b u r g war die Nachricht in die Presse gelangt, daß das Volk am 16. Dezember den Kampf zur Erringung des Wahlrechts begonnen wolle. Da die Reichsregierung des Volkes dort ebenso groß ist wie in Rußland, so fürchteten schon die Herrschenden, daß nun Mecklenburg neben Rußland seine Revolution haben werde. Obwohl unsere Genossen keinerlei Vorbereitungen für Versammlungen oder ähnliche Maßnahmen getroffen hatten, so wurde doch das Militär für die Revolution vorbereitet. Kein Soldat durfte die Kaserne verlassen. Auch in der Stadt wurde das Militär bereit gehalten. In Schwerin wurden vier Kompanien mit ihren Patronen ausgerüstet und die Soldaten instruiert, daß keiner in die Luft fliehen dürfe, er würde sonst mit 10 Jahren Gefängnis bestraft werden. Die Posten waren vom Sonnabendmittag an doppelt, zum Teil noch stärker besetzt. Die preussischen Kaiserbedienten hatten am Sonnabend Nachdienst. Diese Angstprobe im

Oberrheinlande wiederholte sich fünf Wochen später fast überall, wo man sich des am Volke verbreiteten Unrechts bewußt ist und doch nicht die Neigung hat, den Forderungen desselben zu entsprechen.

Diese Angst, gemischt mit Plänen beschuldigter Grausamkeit, ist es, die die Unterdrückung und Entrechtung der Massen nicht für den vornehmsten Zweck des Staatswesens hält. In jenen Ländern, wo das rücksichtslose Staatunrecht infolge unserer Agitation nicht mehr die Bedeutung hat wie in Mecklenburg und Preußen, und wo die schmerzhaften Schlägen und Proben auch noch nicht die Macht haben wie in Preußen, Hamburg, Albed etc.

Die bayerischen Landtagswahlen waren unter der Parole „Reform des Landtagswahlrechts“ vollzogen. Nunmehr wurde durch Gesetz das ungerichtete indirekte Wahlsystem beseitigt und jedem, der seit einem Jahr die bayerische Staatsangehörigkeit besitzt, 25 Jahre alt ist und seit mindestens einem Jahr direkte Staatssteuer entrichtet, das Wahlrecht für den Landtag gegeben. Es ist also keineswegs ein ideales Wahlrecht, aber es reicht aus, die preussischen Junker in förmliche Wut über diese „revolutionäre“ Tat zu versetzen, die Wut der Junker wurde noch dadurch gesteigert, daß bei Beratung des Gesetzes in der Ersten bayerischen Kammer am 17. Januar, also zu einer Zeit, als in Sachsen, Preußen und Hamburg sich Krautjunker und Schatzmacher in dem Gedanken an Massenmorden herausputzten, Prinz Ludwig, der zukünftige bayerische Thronfolger, sehr zutreffende Ausführungen zur Rechtfertigung des geheimen Wahlrechts machte. Er sagte:

„Seiner Ueberzeugung nach sei die geheime Wahl ein Schutz der Schwachen gegen die Stärken. Vielfach werden gerade abhängige Leute veranlaßt, anders zu wählen, als sie beabsichtigen. Es gäbe gewissenlose Menschen genug, die ihre Untergebenen zwängen, ganz anders zu wählen, als diese wählen möchten. Diese Leute sind nicht davor zurück, ihre Untergebenen wegen einer nicht genehmten Stimmabgabe aus dem Dienst zu entlassen. Um derartige Uebelstände zu verhüten, müßte mit allen Mitteln an der Sicherstellung des Wahlrechts gearbeitet werden.“

Ferner sprach er über „Staaten, in denen verunkeltete Wahlsysteme bestehen, die dem Gerechtigkeitsgefühl der großen Masse der Bevölkerung widersprechen. Ob diese Wahlsysteme noch lange fortbestehen dürfen, möchte er bezweifeln.“

Das war eine herbe, aber zutreffende Kritik der Wahlrechtsverhörer in Hamburg, Lübeck und Sachsen, sowie eine dringende Mahnung an die jedem Fortschritt sich entgegenstimmende preussische Regierung, mit dem alten, die Kulturentwicklung hemmenden Dreiklassenwahlrecht zu brechen.

Nachdem im Juli d. J. endlich nach neun vorausgegangenen vergeblichen Versuchen, die Verfassungsreform in Württemberg unter der tätigen Mitwirkung unserer Genossen zum Abschluß gebracht worden ist, besitzt Württemberg unter den deutschen Staaten das beste Wahlverfahren für die Zweite Kammer. Bisher saßen in der Zweiten Kammer noch 13 Vertreter der Ritterschaft, 6 evangelische Kirchenvertreter, 3 Vertreter des katholischen Klerus und 1 Vertreter der Landesuniversität Tübingen. Diese Sondervertretung hat Aufnahme in die Erste Kammer gefunden in dem Verhältnis, daß 8 Vertreter der Ritterschaft, 4 Vertreter der evangelischen und 2 Vertreter der katholischen Kirche sowie der Vertreter der Universität Tübingens den Umzug bewerkstelligen. Die andern fallen aus. Die reaktionäre Verstärkung der Ersten Kammer verleiht der Agitation der Genossen verstärkte Kraft für die Forderung: weg mit der Ersten Kammer.

Die Wahlen zu der aus 92 Abgeordneten bestehenden Zweiten Kammer sind allgemein, direkt und geheim. Das aktive und passive Wahlrecht ist an das vollendete 25. Lebensjahr gebunden. Im ersten Wahlgang ist die absolute, bei dem zweiten Wahlgang die einfache Mehrheit entscheidend. Eine weitere Verbesserung in der Zusammensetzung der Kammer besteht darin, daß die auf Stuttgart jetzt entfallenden 8 Abgeordneten mittels des Proporz gewählt werden. Das gleiche ist für 17 Abgeordnete der Fall, für deren Wahl das gesamte Land in zwei Wahlbezirke eingeteilt wird, von denen der eine 9, der andre 8 Abgeordnete zu wählen hat.

Das Mandat des Landtags läuft im Dezember d. J. ab. Die Genossen sind eifrig mit den Vorbereitungen zu den Neuwahlen beschäftigt, dabei dem am 11. Juli veröffentlichten Aufruf des Vorstandes der Landesorganisation und der Fraktion des Landtags folgend. Mit Recht erwarten die Genossen einen verstärkten Einfluß in der neu zu wählenden Kammer zu gewinnen.

Die hochwunderbare Piraterie von dem „Preußen in Deutschland

boran“ ist durch die kollaborierenden Taten ab absurdum gefüllt. Die Mainlinie hat in Deutschland wieder politische Bedeutung gewonnen. Jenseits der Mainlinie Ausbau des Wahlrechts unter Anerkennung der politischen Gleichberechtigung aller Gesellschaftsklassen. Diesem des Mains starres Festhalten der deutschen „Korruption“ Preußen an dem reaktionären aller Wahlsysteme, — dem Dreiklassenwahlrecht, wodurch die überwiegender Mehrzahl des Volkes, die Arbeiterklasse, zur politischen Bedeutungslosigkeit degradiert wird. „Preußen in Deutschland boran“, wird von jedem die politische Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen fordernden dahin umgewandelt, daß es heißen muß „Ablösung bor“, nachdem Rußland als der Hort der Reaktion einsteilen aus dem europäischen Staatenkontext ausgemerzt worden ist.

(Fortsetzung folgt.)

### Soziales.

1. Ein gelehriger Schüler Knuten-Dorfes. Vor dem Gewerbeamt in Chemnitz lagte der Vater eines Schlosserlehrlings auf Herausgabe des Arbeitsbuchs und Lösung des Lehrverhältnisses, das sein vertragsmäßiges Ende nach vierjähriger Lehrzeit 1907 erreicht. Zur Begründung der Klage wurde angeführt, daß der Lehrling, ein Maschinenfabrikant, den jungen Menschen mit einem Rohrstod übermeniglich geprügelt habe. Diese Behauptung wurde durch ein ärztliches Zeugnis bekräftigt, worin festgestellt wird, daß der Lehrling auf der Brust, dem Arm und dem Oberarm 2 bis 7 Zentimeter lange, 1/2 Zentimeter breite Schwielen, von Stockschlägen herrührend, hat. Die Prügel hatte der jugendliche Arbeiter erhalten, weil er irrtümlich einen Tag der Arbeitsstätte, wo wegen Kesselreinigung der Betrieb ruhte, fern geblieben war. Der Fabrikant gab es ohne Umschweife zu. Prügel müssen sein, erklärte er, sonst wird nichts aus den Jungen. In ein und ein halbes Hundert Lehrlingen habe er ausgebildet und geprügelt und alle seien tüchtige Kerle geworden. Selbst Leute, die bei ihm gelernt und später wieder bei ihm gearbeitet haben, habe er geprügelt. Ohne Prügel sei eben nichts zu machen. Für gewöhnlich (!) lege er die Delinquenten auf einen Stuhl und zähle ihnen bis zu 25 Siebe mit einem 600 Millimeter langen und 9 Millimeter starken Rohrstod auf. Dafür habe er als Lehrling das bayerische Zuchtstrafrecht. Der fragliche Lehrling habe sich aber gegen die Schläge gewehrt und er sei selbst daran schuld, daß Brust und Arme getroffen wurden. Im Übrigen sei er nicht durch die Schläge arbeitsunfähig geworden. Die Sache wurde verurteilt.

### Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegungen und Streiks. Die zwischen den Arbeitgebern und den Delegierten der ausländigen Getreidearbeiter und Speicherarbeiter in Königsberg gepflogenen Verhandlungen sind ohne Ergebnis verlaufen. Der Ausstand dauert fort. In Sachen des Streiks in der Südbayerischen Industrie Maunheim-Baldhof fanden unter Mitwirkung des Vorsitzenden des Mannheimer Gewerbeamtes zwischen dem Arbeiterauschuss und der Direktion Verhandlungen statt, die infolge nicht zu einer Einigung führten. Die Direktion lehnte die Lohnaufbesserung ab.

Der Kohlenarbeiterstreik im Bräuer Revier blieb bisher auf einzelne Offiziere und Brucher Schächte beschränkt, während auf allen andern Schächten angefahren wurde. Gestreikt wird auf fünf Offiziere und drei Brucher Schächte. Die Verhandlungen der Werke mit den Arbeitern sind im Gange. — Da der Teilausstand in B e r l i n vier Wochen andauert, erfolgte die Auslieferung der B o l l w a r k e r; die 22 Betriebe umfaßt. — Die in der Umgebung von B i l b a o ausländigen Arbeiter haben die Vorschläge der Arbeitgeber zurückgewiesen und den Beschluß gefaßt, den Ausstand weiter fortzuführen. Nach einer Mitteilung des Ministers des Innern ist die Arbeit in der Umgebung von Bilbao unter dem Schutze der Truppen wieder aufgenommen worden, aber doch ist es bei Santander auf verschiedenen Gruben zu blutigen Zusammenstößen zwischen Ausländern und Gendarmen gekommen, in denen viele Personen verwundet worden sind. Die Behörden befürchten ein Anbahnen der Bewegung.

ac. Ausstände in Spanien. Nützlich melden die Wächter von Ausländern der Bergarbeiter und Metallarbeiter von Biscaya, Bilbao usw. Wie der Telegraph berichtet, sind die Streiks teilweise schon wieder erloschen, nachdem den Arbeitern einige Zugeständnisse gemacht worden waren. Ueber die Ursachen des Streiks teilt die letzte Nummer des „Socialista“ unseres Madrider Bruderorgans folgendes mit: In den Minen von Arnabal und Triano waren Arbeiter ungerne entlassen worden: auch verschiedene, ungerechtfertigte Behauptungen hatte man vorgenommen. Daraufhin traten die Arbeiter in den Streik und das war das Signal zu einem allgemeinen Ausstand in Biscaya. Die Arbeiter verlangten, daß ihre zu Unrecht entlassenen Kameraden wieder eingestellt werden, sodann forderten sie die Erfüllung eines früher gemachten Zugeständnisses, nämlich die Einführung des 9 stündigen Arbeitstags, eine 50 prozentige Erhöhung des Ueberstunden- und Sonntagsgelohns und endlich Anerkennung der Organisation. Die Regierung hatte, wie gewöhnlich, verschiedene Bataillone Soldaten in den Minenbezirk geschickt und war bereit, noch Verstärkungen nachzusenden. Die Zahl der Ausständigen überstieg zu einer Zeit 8000.

### Gewerkschaftlicher Kartellvertrag.

Aus Anlaß der großen vorjährigen Lohnbewegungen und Ausperrungen in der Berliner Metallindustrie sind acht Berliner Gewerkschaftsleitungen übereingekommen, zum Zwecke eines solidarischen Zusammenarbeitens bei künftigen Lohnbewegungen eine Vereinbarung zu treffen, nach deren Bestimmungen das einzelne oder gemeinsame Vorgehen in den Metall-Großbetrieben geregelt werden soll. Der Vertrag hat folgenden Wortlaut:

#### Vereinbarung.

Zwischen den örtlichen Vorständen derjenigen Gewerkschaften, welche in der Metallindustrie beschäftigt Arbeiter und Arbeiterinnen als Mitglieder führen, und zwar Metallarbeiter-Berband, Holzarbeiter-Berband, Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Berband, Zentralverband der Schmiede, Malerverband, Zentralverband der Maschinenisten und Feiger und Zentralverband der Handlungsgehilfen wird zum Zweck eines solidarischen Zusammenarbeitens bei Lohnbewegungen oder sonstigen Differenzen, welche zu Streiks und Aussperrungen führen könnten, folgende Vereinbarung getroffen:

1. Bei etwa zu stellenden Lohnforderungen einer der angeführten Gruppen für den ganzen Beruf oder in irgend einem Betriebe hat der Vertrauensmann oder Obmann des Betriebes rechtzeitig die in Frage kommende Ortsverwaltung in Kenntnis zu setzen.
2. Die Ortsverwaltung hat nach Prüfung der Sachlage und etwaiger Zustimmung der Forderungen die Verwaltung des Metallarbeiter-Berbandes von dem Vorgehen zu unterrichten.
3. Falls diese die Zustimmung hegt, daß die Durchführung der Forderungen Weiterungen nach sich ziehen könnte und andere Verbände in Mitleidenschaft gezogen werden, ist dieselbe gehalten, unverzüglich die vertragsschließenden Vorstände zu einer gegenseitigen Aussprache zusammenzubersuchen.
4. Dasselbe geschieht auch, falls der Metallarbeiter-Berband selbst eine Bewegung plant, durch welche alle oder eine der vorgenannten Organisationen erheblich in Mitleidenschaft gezogen werden könnten.
5. Bei vorkommenden Lohnforderungen oder sonstigen Differenzen ist zunächst der Versuch zu machen, diese auf dem Wege der friedlichen Verhandlungen zu erledigen.
6. Organisationsleiter oder bestellte Ausschüsse sollen hierbei tunlichst in Anspruch genommen werden.
7. Sollte eine Einigung auf dem vorgeschriebenen Wege nicht

Frau Reboullet schweigend nebeneinander her. Blöhhlich flüsterie die Frau mit ihrem dünnen Stimmchen: „Es ist vorbei!“

Reboullet sah auf die Uhr. Es war zehn Uhr elf Minuten. Schweigend gingen sie weiter, da entlang es sich der Frau: „Wir haben etwas vergessen.“

„Und was?“

„Etwas sehr Wichtiges. Wir haben doch Kaja nicht gesagt, was sie mit dem armen Wolf tun soll, nachdem sie ihn...“

„Was, nachdem sie...“

„Ja, wo sie ihn vergraben soll!“

„Ja der Kat, daran habe ich auch nicht gedacht...“ Dann nach kurzen Aufsehn: „Das werde ich übrigens bejagen. Heute abend in irgend einer stillen Gasse oder an der Schanze. Sei ruhig, Virginie! Wolf soll ein würdiges Ende finden.“

Virginie war es heller geworden. Ein scharfer Nordwind erhob sich. Perpetua von dem Straßenbild, begannen Herr und Frau Reboullet Wolf nicht zu vergessen — o nein! — doch neben ihm auch an andere Dinge zu denken, so daß um zwölf Uhr, als sie vor ihrem Hause standen, Reboullet ausrief: „Bin ich aber hungrig!“

„Und ich!“ rief Frau Reboullet.

#### III.

Im kleinen eigenen Eßzimmer sitzen Herr und Frau Reboullet bei Tisch. Sie ziehen die Servietten aus dem Kinn und schneiden ein Stück von dem unheimlichen Belagerungsgericht, das nach dem Urteil der Sachverständigen alles, nur kein Fleisch enthält.

„Was gibt es heute zum Essen?“ fragt Reboullet.

Sein Eintritt in das Zimmer, in dem so vieles an Wolf erinnerte, wurde Frau Reboullet von ihrer wehmütigen Stimmung wieder erfasst. Schmerz erwiderte sie, vom Spaziergehen und dem beschwerlichen Katzenstreifen noch müde: „Ich weiß nicht, Better, ich habe nichts bestellt, ich hätte an andere zu denken, Du begehrt...“

Reboullet rief: „Du kannst auftragen, Kaja!“

Wie immer schickte sie das Mädchen in seiner überquellenden Kasse in das Zimmer. Die beiden Kinder ihres bespitzten Fließens hin und her.

„Da“ sagte sie, „was Feines!“

Und auf den Tisch stellte sie eine ungeheure Schüssel, die bis an den Rand mit einer gelblichen Sauce gefüllt war, in der einige Fleischstücke zu sehen waren.

„Gimms!“ rief Frau Reboullet. Kaja zuckte mit den Achseln, drehte sich auf dem Absatz um und schlug die Tür hinter sich zu, daß sie krachend ins Schloß fiel. „So ein Hundevieh!“

#### IV.

Herr und Frau Reboullet sind allein. Eine dumpfe Stille liegt über dem Gemach. Von der dampfenden Schüssel steigen köstliche Dünste in die Nase. Das Frauenzimmer kann schließlich doch recht haben. Es muß prächtig schmecken... aber nein, niemals!

Was tun? Kaja es geben, die es gar um ein paar Franzoschlingel? Auf die Straße werfen? Welch trauriges Ende! Vergraben? Ein Augusti vergraben? Wieder steigt der würzige Duft in die Nase. Vom Hunger wie mit glühenden Fingern gezwängt, bricht Reboullet das Schweigen: „Gib es was andres zum Essen, Kaja?“ Durch die Tür kommt es zurück: „Was andres, bei den Zeiten... Der Herr ist wirklich zum Laden!“

Doch Reboullet war es gar nicht lächerlich zumute. Nach einigen Minuten des Rägers kam er ein Stückchen Brot in die Schüssel: „... Die Sauce kann man ja schließlich verjagen.“

Frau Reboullet erwidert nichts.

„Ausgezeichnet, köstlich, ausgezeichnet!“ Und er knitt ein zweites Stück ein und verzehrt es.

„Daß Du gar nicht pörr.“ kommt es endlich von den Lippen der Frau. „Du bist ja immer das Abbild eines Gemütsmenschen gewesen.“

„Ich ein... Soll ich Dir etwas sagen, Virginie, Kaja hat wirklich recht. Ein Hund ist ein Hund. Und die Zeiten sind zu ungewöhnlich. Paris wird nicht jeden Tag belagert. Heute wäre jeder froh, einen solchen Dingen zu besitzen. Es war doch nicht mein Wunsch, daß Wolf in einem solchen Zustand zu Tisch kommen sollte. Jetzt läßt es sich nicht mehr ungeheuer machen. Und dann, offen wir ihn nicht, was soll mit ihm geschehen?“

Frau Reboullet schweig. Demnach nahm Reboullet ein Stück heraus und kostete es. „Ausgezeichnet, tadellos... Ich begreife nicht, warum Du nicht zugiebst... halt schmeckt es nicht mehr. Sei doch vernünftig, zum Teufel!“

Und fast mit Gewalt legte er ein Stück vor sie auf den Teller. Doch blieb sie handfest, und des Ammens ihres Nagens, aber ihre weiche Katze war zum Kampf nicht geschaffen. Eine gebieterische Handbewegung ihres Gatten und sie nahm Messer und Gabel. Ihre letztes: „Das hätte ich nie für möglich gehalten.“

Im hellen Sonnenchein lag das kleine Eßzimmer da. Das prächtigste Bett war zum Durchbruch gekommen. Auch der Donner der Geschütze hörte. Eine Windstille in Paris bewegter Zeit. Kaja hatte eine flache Bonbon, den besten Wein im Keller, gebracht. Man ließ sich gut schmecken. Und ein halbes Ständchen später, beim Betrachten der köstlichen Speisen, trank Kaja Reboullet verjagen, mit der rührenden Kavität eines Kindes: „Komm, Kaja, die Kinderchen, die waren beim Essen!“



## Grundbegriffe der Politik.\*)

Von Friedrich Stampfer.  
(Schluß-Artikel.)

### 8. Prinzip und Taktik. — Bewegung und Endziel.

Prinzip ist Grundsatz, unverrückbare Richtlinie des Handelns. Parteiprinzipien sind Regeln, die von der Partei nicht verlassen werden können, weil sie selbst das Wesen der Partei ausmachen, die nicht aufgegeben werden können ohne Aufgabe der Partei. Als Organisation, als Körper, kann eine Partei noch bestehen und ihren Namen behalten, wenn sie ihre Prinzipien verlassen hat, als politischer Begriff ist sie eine andre geworden. Die Prinzipien der Partei festsetzen heißt also das Wesen der Partei selbst bestimmen.

Das Prinzip ist demnach nicht gleichbedeutend mit dem Programm. Das Programm ist ein zu einem bestimmten Zeitpunkt unternommener Versuch, die Prinzipien der Partei zusammenzufassen; die Disziplin fordert von dem Parteigenossen, daß er sein politisches Handeln dem Programm unterwerfe. Kritik aber, die an dem Programm geübt wird, ist noch keine Verleugnung der Prinzipien. Vielmehr kann sie gerade dem Wunsch entspringen, diese Prinzipien schärfer zu formulieren. Ohne solche Kritik wären ja zeitgemäße Änderungen und Läuterungen eines Parteiprogramms unmöglich.

Dazu kommt, daß Parteiprogramme wie das sozialdemokratische, nicht bloß „Prinzipien“ als Grundsätze des politischen Handelns aussprechen, nicht bloß ein „Sollen“ verkünden, sondern auch wissenschaftliche Urteile über den Stand der Gesellschaft und ihre Evolution aussprechen, also ein „Sein“ feststellen. Solche Erkenntnisse können durch Erfahrung ergänzt und berichtigt werden, ohne daß dadurch die grundlegenden Regeln des parteipolitischen Handelns berührt zu werden brauchen. Erst wenn diese Berichtigung so tief eingreift, daß die Partei die bisherige Richtung ihres Handelns folgerichtig aufzugeben gezwungen wäre, wenn Grundsätze angefochten werden, die nicht aufgegeben werden können, ohne daß die Partei begrifflich aufhören müßte zu sein, was sie ist, erst dann kann man sagen, daß die Kritik die Prinzipien der Partei angreift.

Es ist daher eine sehr heikle und schwierige Aufgabe, festzustellen, was eigentlich die Prinzipien einer Partei, in unserm Falle der sozialdemokratischen, sind. Man gerät leicht in die Gefahr, den Begriff zu eng oder zu weit zu fassen. Es kommt auf den Versuch an, der hier gewagt werden soll.

Die Sozialdemokratie will als Staatsform die Demokratie, als Gesellschaftsordnung den Sozialismus. Wir haben bereits gesehen, daß in der Willensvorstellung der Partei beide — Demokratie und Sozialismus — eine untrennbare Einheit von Form und Inhalt bilden; wir haben ferner erkannt, daß die Entstehung der sozialistisch-demokratischen Gesellschaft kein Vorgang unbewußten Werdens, sondern nur ein Akt bewußten Schaffens sein kann. Die Partei muß zu diesem Zweck als Klassenpartei (weil die Erreichung ihres Zieles im Interesse der proletarischen Klasse liegt) die Klasse der Kapitalisten und Großgrundbesitzer bekämpfen, die an der Erhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung interessiert sind. Dieser Kampf richtet sich aber nicht gegen einzelne Menschen, sondern gegen ein Herrschaftsprinzip, dem die Partei ihr sozialdemokratisches Freiheitsprinzip entgegensetzt. Zu handeln in dem Willen, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu erreichen, ist das Prinzip der Partei.

Die Partei ist ferner der grundlegenden Ueberzeugung, daß jede Veränderung der Staats- und Gesellschaftsordnung, die durch Abschneidung politischer oder wirtschaftlicher Privilegien der herrschenden Klasse nach der Richtung der Demokratie oder des Sozialismus hinführt, dem Interesse der proletarischen Klasse entspricht, deren politische Vertretung sie führt, und daß jede Veränderung, die die Wirkung hat, die bestehende Ordnung zu befestigen, dem Interesse des Proletariats widerspricht. Es ist ihr Prinzip, im ersten Interesse des Proletariats zu handeln; sie kann das nach ihrer grundlegenden Ueberzeugung nicht anders als im Sinne des Sozialismus und der Demokratie.

Die Frage aber, wie eine bestimmte Reform auf den Gang des Klassenkampfes einwirken werde, ist im Einzelfall schwierig zu entscheiden und hat daher schon oft zu lebhaften Meinungskämpfen unter Genossen geführt, die alle das Prinzip der Sozialdemokratie anerkennen. Hier betreten wir bereits die Brücke, die vom Gebiet des Prinzips auf ein andres führt, auf das der Taktik.

Die Taktik ist jenes Verhalten, das angewendet werden muß, um dem Prinzip Geltung zu verschaffen. Das Prinzip bestimmt unser Verhältnis zum Ganzen der bestehenden Zustände und Einrichtungen; es gilt also, solange dieses Ganze, die kapitalistische Gesellschaftsordnung, besteht. Die Taktik aber bestimmt, dem Prinzip entsprechend, unser Verhältnis zu den einzelnen räumlich und zeitlich getrennten und mannigfach verschiedenen wirtschaftlich-politischen Erscheinungen. Um ein Bild zu gebrauchen: Es ist unser Prinzip, den alten Bau abzutragen und durch einen neuen zu ersetzen. Die Taktik aber besteht darin, daß wir Haxe und Spaten richtig anzuwenden wissen, daß wir das Werkzeug der Zerstörung dort zuerst anwenden, wo die Aussicht auf Erfolg am größten ist, und den Aufbau zu beginnen, daß kein Einsturz droht. Das Prinzip beantwortet die Frage nach dem Was, die Taktik die Frage nach dem Wie.

Soweit eine taktische Handlung nicht dem Willensprinzip der Partei oder den Regeln der Disziplin — der demokratischen Unterordnung des Handelns unter das Gebot der Partei — widerspricht, ist ihre Beurteilung eine reine Frage der Zweckmäßigkeit. Hier entwickeln sich innerhalb der Schranken des Prinzips und der Disziplin nahezu unbegrenzte Möglichkeiten, die mit dem Orte und der Zeit,

den augenblicklichen Erscheinungen und politischen Situationen veränderlich sind. Der Festigkeit des Prinzips entspricht die größte Beweglichkeit der Taktik. Solange das Prinzip nicht befestigt, nicht „in Fleisch und Blut“ der Partei übergegangen ist, besteht die Gefahr, daß Handlungen der Partei, die an und für sich zweckmäßig wären, zu zweckmäßig werden dadurch, daß sie fälschlich als symbolische Prinzipien-erklärungen erscheinen. Beispielsweise: stände im Bewußtsein der Proletariermassen nicht das Prinzip des Klassenkampfes fest, so würde eine Stichwahl stattfinden, die zur Wahl bestimmter bürgerlicher Kandidaten auffordert, eine Gefahr für das Prinzip bedeuten. Stünde nicht ebenso das Prinzip der Demokratie fest, so könnte eine Beteiligung an den preußischen Dreiklassenwahlen den Anschein erwecken, als hätte die Partei das Prinzip der Demokratie aufgegeben. Daraus folgt, daß die Taktik der Partei desto gerundeter ist, je schlechter es mit der prinzipiellen Aufklärung bestellt ist, und daß sie desto strenger und weiter die prinzipielle Aufklärung fortschreitet. Um zu dem alten Beispiel zurückzukehren: die Ablehnung jeder Stichwahlhilfe an bürgerliche Kandidaten wird Lehrhaft im Sinne des Klassenkampfprinzips, das in ihr unauflösbarer Vorteil. Hier wird durch die Tat klargemacht, daß die Sozialdemokratie in ihrem Wesen von den bürgerlichen Parteien völlig verschieden ist. Diese Ablehnung hat aber auch den ebenso unauflösbaren Nachteil, daß sie die Klassenkampfstellung unserer Gegner unmittelbar stärkt, den schärfsten von ihnen zum augenblicklichen Vorteil dient, und die Möglichkeit nimmt, einen Teil in die Reihe unserer Feinde zu stoßen, sie gegeneinander auszuspielen und durcheinander zu treiben. Diese Möglichkeit ist aber vorhanden, sobald die Massen hinreichend geschult sind, um zwischen der unverrückbaren Prinzipienstellung der Partei und den wechselnden taktischen Situationen unterscheiden zu können. In der Sicherheit und Zähigkeit des Willens zum Ziel und in der Fähigkeit, sich auf dem Wege dahin schnell veränderlichen Situationen ebenso schnell anzupassen, besteht die Stärke der Partei.

Das Prinzip ist hilflos ohne Taktik, die Taktik sinnlos ohne Prinzip. Ein ähnliches Verhältnis besteht zwischen der „Bewegung“ und dem „Endziel“. Dem Endziel verleiht die Bewegung ihre Richtung, ihre Ordnung und ihre Stofkraft. Aber auch das Endziel wäre ohne die Bewegung nichts als ein bloßer Philosophentraum. Kein System der Politik, das den Namen eines solchen verdient, kann auf diesen in der Zukunft und in der menschlichen Vorstellungskraft sicher ruhenden Punkt verzichten, der der praktischen Arbeit ihren Kurs weist. Im System der sozialdemokratischen Politik aber ist das Endziel mehr als ein „unreichbares Ideal“, denn aus der Erkenntnis der bestehenden Zustände hat sie die wissenschaftlich begründete Zuversicht geschöpft, daß es mit einer Reihe taktisch geordneter menschlich-politischer Willensakte bedarf, um das zu erreichen, was unserer zeitlich beschränkten Vorstellung als höchstes und letztes Ziel der Vollendung erscheinen muß. —

\*) Siehe Nr. 158, 164, 171, 177, 181, 188 und 197 der „Volksstimme“.

## Feuilleton.

### Drei Menschenleben.

Von Maxim Gorki. Uebersetzt von R. Adler.  
(63. Fortsetzung.)

„Ich kenne das! Jeder pugt sich auf mit irgend einem Ding, aber das ist nur Maske! Ich sehe, wie mein Onkel mit Gott einen Handel plant, — wie sich ein Kommiss vor seinem Chef herausrechnen will! Dein Vater hat der Kirche Händchen gespendet, — daraus ist zu schließen, daß er jemand bestohlen hat oder dies für die nächste Zeit beabsichtigt. Alle sind so, wohin Du nur blickst! Da hast Du einen Großen, gib mir dafür fünf! Hast Du in der Zeitung gelesen, daß der Kaufmann Wigunow für das Krankenhaus 300 Rubel gespendet hat? Und gleich hernach reicht er ein Gesuch beim Gemeinderat ein, ihm den Steuerrückstand aus seiner Fabrik zu erlassen — in der Höhe von 1000 Rubel. So foppen sie sich gegenseitig und suchen sich voreinander zu rechtfertigen! Meine Meinung aber ist: ob Du freiwillig oder unfreiwillig gesündigt hast, Du mußt Deinen Nacken der Strafe bieten!“

„Das ist richtig!“ bestätigte sinnend Jakow. „Bei meinem Vater und beim Rudligen trifft es zu. Eh! Wir beide sind nicht im richtigen Hause geboren! Du hast wenigstens Deinen Horn, und Du tröstest Dich damit, daß Du über die andern ein Urteil fällst. Und Dein Urteil wird immer strenger. Ich aber kann das nicht! Eh! Am liebsten ginge ich auf und davon!“ schrie Jakow in Kummer auf.

„Wohin könntest Du denn gehen?“ fragte Nlia mit feinem Lächeln.

„Ja, ja — — —“  
Beide versanken in Schweigen und saßen traurig am Tische einander gegenüber. Am Tische lag das große, rotbraune Buch im Lederband mit eiserner Schließe.

Vom Korridor her drang ein Geräusch, und dumpfe Stimmen wurden laut. Dann fragte eine Hand lange an der Tür und suchte die Klänge zu erschaffen. Die Freunde warteten und verhielten sich ruhig. Endlich öffnete sich leise die Tür und ins Zimmer stolperte Perfischka. Er hatte sich mit dem Fuße an der Schwelle verfangen und fiel auf

die Knie, wobei er in der rechten Hand die Harmonika hochhielt.

„Halt!“ rief er und lachte mit betrunkenem Lachen. Hinter ihm froh Matiza ins Zimmer. Sie hücte sich rasch zum Schuster Hrak, nahm ihn unter der Mähel und zerrte ihn in die Höhe, wobei sie mit schwerer Zunge lachte:

„Eh, wie Du Dich besoffen hast! Trunkenbold!“  
„Se, Baje, rühr mich nicht an! Ich kann allein aufstehen. Al—lein!“

Er taumelte, kam mit Mühe auf die Beine, wankte auf die beiden Kammeraden zu und reichte ihnen die linke Hand.

„Guten Abend! Euch ein Gruß, uns ein Gruß!“  
Matiza lachte hölzern und sinnlos.  
„Wo kommt Ihr her?“ fragte Nlia.  
Jakow betrachtete lächelnd die Betrunknen und schwieg.  
„Weher? Von einem Wunder, ha, ha! Ihr Knaben! — Liebe, — — — ho, ho!“

Perfischka stampfte mit den Beinen und sang:  
„Knochen wie ein Läubchen!  
Wenn sie einmal laufen,  
Kann man sie verkaufen.“

„Du, Baje! sag's mit einem Schlag! Oder singen wir lieber, was Du mich gelehrt hast. Vorwärts!“

Er lehnte sich neben Matiza mit dem Rücken an die Wand, stieß das Weib mit dem Ellbogen in die Seite und tastete mit den Fingern an der Harmonika herum.

„Wo ist Maschutka?“ fragte feindselig Nlia.  
„Eh, Ihr!“ schrie Jakow und sprang plötzlich vom Sessel auf.  
„Wo ist sie denn wirklich, Matiza?“

Doch die Betrunknen achteten nicht auf sein Geschrei. Matiza neigte den Kopf zur Seite und sang:

„O, mein lieber Vetter, wie schmeckt der Wodka süß!“  
Perfischka schwang seine Harmonika und setzte mit hoher Stimme ein:

„Trinken wir, mein Vetter, da heute Montag ist — — —“  
Nlia erhob sich, packte ihn bei der Schulter und schüttelte ihn, daß Perfischka mit dem Kopf an den Ofen stieß.

„Wo ist Deine Tochter?“  
„Seine Tochter fand sich nicht um Mitternacht.“ — brummte sinnlos Perfischka und rieb sich den Kopf.

Jakow befragte Matiza, aber sie lächelte nur und wiederholte: „Ich sag's nicht, jag's nicht, jag's nicht!“

„Vielleicht haben sie sie verkauft, diese Teufel,“ bemerkte mit rohem Lächeln Nlia.

Jakow blickte ihn erschrocken an und fragte den Schuster in kläglichem Tone:

„Sör doch, Perfischka, wo ist Maschutka?“  
„Ma—schut—ka!“ höhnte Matiza ihn. „Aha! Jetzt bist Du am richtigen Weg.“

„Nlia! Wie! Was ist da zu tun?“ fragte besorgt Jakow.  
„Man muß es bei der Polizei melden,“ meinte Nlia und sah finster auf das betrunkene Paar.

„Du, Baje!“ schrie Perfischka mit plötzlicher Erleuchtung.  
„Hast Du gehört? Bei der Polizei! Wo wollen sie — — —“  
„Ha ha ha!“

„Po—li—zei?“ sprach drohend Matiza und rieb ihre großen Augen bald auf Nlia, bald auf Jakow. Plötzlich schwang sie wie von Sinnen ihre Arme durch die Luft und schrie aus Leibeskräften:

„Und wollt Ihr nicht selbst zur Polizei? Was Ihr nicht selbst hinkommen? Marsch, aus meiner Wohnung! Das ist jetzt meine Wohnung! Wir haben geha—!“

„Ha ha ha!“ lachte der Schuster und hielt sich den Kopf.  
„Gehen wir, Jakow!“ sagte Nlia. „Der Teufel hat uns aus ihnen Flug werden! Gehen wir!“

„Warte!“ sprach Jakow verloren und in Angst. „Gehen sie denn wirklich geheiratet? Perfischka! So sag doch! Habt Ihr wirklich — — —? Sehen Sie, was das ist?“

„Matiza, meine Gemahlin, nimmt sie! Pub. huh! Welle auf sie, beisse sie! Ha ha! Wo ist Maschka?“

Perfischka spitzte die Lippen und verfuhrte zu pfeifen. Als es nicht gelang, streckte er auf Jakow die Zunge heraus und lachte wieder. Matiza schob sich mit ihrer Brust gegen Nlia und heulte wie rasend:

„Und wer frist Du? Garst Du, ich weiß es nicht?“  
Nlia stieß sie von sich und wackelte den Koffer. Im Gange ereilte ihn Jakow, packte ihn bei der Schulter, hielt ihn in der Finsternis fest und sprach:

„Darf man denn das? Ist es denn gestattet? Sie ist so klein, Nlia! Gaben die wirklich geheiratet?“

„Beruhige Dich!“ unterbrach ihn barsch Nlia. „Jetzt ist es zu spät! Hättest Du früher dazu gesehen! Aber während Du über den Anfang nachgrübelst, haben die das Ende herbeigeführt.“

(Fortsetzung folgt.)















erzielt werden, so haben die Verbandsleiter oder Ortsleiter der in Frage kommenden Organisationen ihre Bewilligungen sofort in Kenntnis zu setzen, so daß diese ihre Vertreter zu der beschließenden Versammlung entsenden können.

6. Treten die Angehörigen eines Berufs in einen Streik ein, so sind die Arbeiter der anderen Berufs nicht ohne weiteres herauszugreifen, sondern arbeiten weiter, bis die Organisationsleitung der Streikenden die Arbeitsübernahme des anderen Berufs für notwendig hält und bei der anderen Organisation einen dahingehenden Antrag stellt.

7. In Ausübung der Solidarität haben die beteiligten Organisationen resp. deren Mitglieder dahin zu wirken, daß die nicht an Streik beteiligten Arbeiter auf keinen Fall die Arbeit der Streikenden machen.

Sollte eine derartige Zumutung auf die Beteiligten seitens der Betriebsleitung gestellt werden, so ist sofort die Streikleitung in Kenntnis zu setzen, welche dann alles weitere zu veranlassen hat.

8. Eine Unterstützung der Streikenden durch Herausziehen anderer Gruppen, sogenannter Sympathiestreiks, darf nur nach einer Befähigung der Streikleitung und der beteiligten Organisationen erfolgen.

9. Auf keinen Fall ist ein Verlassen des Betriebes ohne vorherige Befähigung mit der Streikleitung und den beteiligten Organisationen statthaft.

10. Bei Verstößen gegen vorstehende Vereinbarung durch eine der beteiligten Organisationen werden etwa zu treffende Maßnahmen gegen diese Verstöße durch Beschlüsse der gesamten an dieser Vereinbarung beteiligten Organisationen festgelegt.

11. Die Sitzungen der an dieser Vereinbarung beteiligten Organisationen finden nach Bedarf statt.

12. In den Sitzungen nehmen höchstens je zwei Vertreter je einer Organisation teil.

13. Die Einberufung einer Sitzung erfolgt auf Verlangen einer beteiligten Organisation durch den Metallarbeiterverband.

Die Erledigung von Anfragen und Zuschriften, die vorstehende Vereinbarung betreffen, ist dem ersten Bevollmächtigten des Metallarbeiterverbandes, Adolf Cohen, übertragen worden.

## Provinz und Umgegend.

### Wahlkreis Wolmirstedt-Neuhaldensleben.

Auf zur Kalenderverbreitung! Am Sonntag den 9. September soll in unserm Wahlkreis die Kalenderverbreitung vorgenommen werden. Da nun die Verbreitung an einem Tage geschehen soll, so ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, sich daran zu beteiligen. Den einzelnen Bezirken werden die Kalender frühzeitig zugestellt. Die Bezirksleiter müssen dafür sorgen, daß die Kalender am Sonntag den 9. September bis in den äußersten Winkel unseres Wahlkreises getragen werden. Mit sozialdemokratischem Gruß Die Parteileitung.

### Konzeffionierte Bettelei.

Eine öffentliche Hauskollekte ist vom neuen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen genehmigt worden. Die Kollekte darf während des ganzen Monats September in allen Städten und Landorten der Provinz vorgenommen werden. Ihr Ertrag kommt einem Institut der inneren Mission in Halberstadt zugute, dem „Mutterhaus“ für Gemeindefrauen in Halberstadt. Die Arbeiter haben keinerlei Anlaß, durch Beiträge die Bestrebungen der inneren Mission zu unterstützen, die vom mütterlichen Geiste erfüllt ist und im stillen, wo sie nur kann, den proletarischen Freiheitsbestrebungen Hindernisse bereitet. Die innere Mission will die heutige Rechts- und Wirtschaftsrechnung aufrechterhalten wissen mit allen Gläubigen, die dem arbeitenden Volke überreichlich fließen. Sie will nur einige Pfäferchen auf die eiternden Wunden legen. Und sie tut das in der ausgesprochenen Absicht, mit ihren „Wohlthaten“ die Seelen der Empfänger zu gewinnen. Die Verteilung auf den Himmel soll die Beklammerten und Elenden mit ihrem Ungemach auf Erden auslöshen. Die frömmelnde Sauce, in der die innere Mission ihre Himmelspeise verabreicht, macht die Kost nicht genießbarer. Weder mit dem Ziele noch mit den Mitteln kann also die Arbeiterklasse etwas gemein haben. Wenn darum im September ein frömmelndes Embdote in die Arbeiterwohnungen kommt und in Abwesenheit der Männer die Frauen zu bewegen sucht, ein Scherlein für den „frommen Zweck“ zu geben, so mögen die Arbeiterfrauen sie an die Leute verweisen, die als Vertreter des Kapitalismus das Massenelend erst heraus beschwören und durch ihre Bewährer im Reichstage Brot, Fleisch, Obst und Gemüse, kurz alle Nahrungsmittel in einer Weise verteuert haben, daß alle „Gemeindefrauen“ samt ihren „Mutterhäusern“ die Folgen nicht abwehren können.

Burg, 30. August. (Aus der Konsumvereinsbewegung.) Die Freitagabend Mitgliederversammlung der hiesigen Filiale des Konsumvereins beschäftigte sich auch mit der Gründung eines zweiten Lagers. So berechtigt und notwendig ist die Gründung eines solchen ist, so muß doch notwendigerweise auf die Vorbedingungen zur Errichtung des zweiten Lagers eingegangen werden. Als nach der Eröffnung der ersten Filiale die Mitgliederzahl nicht nur stark zunahm, sondern auch der Umsatz sich bedeutend vergrößerte, da waren die Aussichten auf die Errichtung eines zweiten Lagers nahe gelegt. Durch das Eintreten besonderer Umstände sind jedoch die vom geschäftlichen Standpunkt aus berechtigten Vorbedingungen noch nicht erfüllt. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig rund 850, und es muß im eigenen Interesse der Mitglieder darauf hingewiesen werden, daß alle verpfllicht sind, durch ihre Zugehörigkeit zum Konsumverein auch nur von diesem zu kaufen, denn nur dann erfüllt er seinen Zweck. Das ist jedoch bis jetzt noch nicht der Fall, denn wäre dem so, hätten wir hier schon das zweite Lager. Der Zweck dieser Zeilen soll sein, diejenigen aufzumuntern, die bis jetzt noch nicht daran gedacht haben, ihre Bedürfnisse nur im Konsumverein zu decken. Es muß hierin Wandel geschaffen werden, damit wir schneller zum Ziele, d. h. zur Errichtung eines zweiten Lagers kommen. Schon wiederholt haben wir Gelegenheit genommen, auf die abtornen Nebereien und Gerüchte hinzuweisen und die Haltlosigkeit der nur der Klatschsucht entsprungenen Nebereien festzustellen. Es ist bedauerlich, daß verschiedene sich solchen Unsinn, wie er da öfters verzapft wird, erzählen lassen und schließlich noch weiter kolportieren, statt gleich an die richtige Adresse zu gehen. Sich durch solche Erzählungen davon abhalten zu lassen, in dem selbst geschaffenen Konsumverein seine Bedürfnisse zu decken, kann man doch wohl nur Leuten zutrauen, die nicht wissen, was sie wollen. Vor allen Dingen muß man hierin vielen Frauen einen Vorwurf machen, denn sie sind es doch, welche die Einkäufe besorgen. Wollen wir vorwärts kommen auf genossenschaftlichem Gebiete, dann muß das Hauptaugenmerk auf zwei Punkte gerichtet werden, nämlich darauf, daß sich von jetzt an der Umsatz bedeutend hebt, so daß dadurch die Errichtung des zweiten Lagers in Kürze erfolgt, ferner in der Gewinnung neuer Mitglieder. Sind diese Vorbedingungen erfüllt, dann werden die Wünsche der hiesigen Mitglieder auch bald in Erfüllung gehen. Und es ist doch nur ein Keines, wenn jedes Mitglied weiß, was es zu tun hat.

(Ein Unglücksraube) betitelt sich ein Aufsatz, welches am Montagabend im „Grand Salon“ gegeben wird. Von jetzt ab finden die Theateraufführungen abwechselnd in beiden Lokalen statt. Diesmal findet dieselbe im „Grand Salon“ statt. Karten im Vorverkauf sind bei den bekannten Gewissen zu haben. (Siehe die Annonce morgen.)

Genthin, 30. August. (Nebenfahren.) Am Montag häßliche der Kaufmann Rieting mit seinem Sohne auf dem Fahrrad die wegen des nahen Güterbahnhofes häufig von Fahrwegen sehr belebte Steinstraße. Unglückliche Umstände verursachten es, daß der Sohn mit einem Fahrrad kollidierte und vom Rade stürzte. Das eine Pferd verletzte den an der Erde Liegenden am Kopfe und ein Rad ging ihm über den Schenkel; der Lenker des Gepannes verlor die Kontrolle und anzuhalten. Blutend wurde der Knabe in eine Wohnung gebracht, wo ihn ein herbeigeholter Arzt behandelte und feststellte, daß die Verletzungen nicht lebensgefährlich sind.

(Verstümmelt) ist der 9jährige Sohn einer hiesigen Arbeiterfamilie. Man vermutet, daß eine herumstreifende Eigenerfamilie den Knaben aufgefunden und entführt hat. Die Eigener haben ihre Reiseroute in der Richtung über die Dörfer bis Woggen genommen, von da ab fehlt jede Spur. Die Ermittlungen nach dem Verbleib des Knaben werden eifrig betrieben.

## Gerichts-Zeitung.

Landgericht Halberstadt. (Serien-Strassammer.)  
Sitzung vom 29. August 1906.

Diebstahl. Im Juli stahlen die vorbeurteilten Arbeiter Karl Kurze und Gustav Voigt einen der Firma Gebr. Dippe gehörigen Stier, den sie in Harzgerode zu verkaufen suchten. Wegen Rückfallsdiebstahls werden Kurze zu 3 Jahren und Voigt zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus verurteilt. Bei Kurze wird die am 1. August von derselben Kammer wider ihn wegen Diebstahls erkannte Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten mit einbezogen. Außerdem werden beiden Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von je 10 Jahren abgesprochen und endlich wird gegen sie auf Zulässigkeit von der Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt. Die Beurteilten treten die Strafen sofort an.

Diebstahl, Begünstigung und Hehlerei. Angeklagt sind die vorbeurteilten Arbeiter Karl Grunke, zurzeit in Untersuchungshaft, August Bahmann und der Handelsmann Hermann Brandt, sämtlich aus Nieserleben. Grunke hat am 30. Mai einen Saß Papier im Werte von 11 Mark gestohlen, den Bahmann am 1. Juli an Brandt um 5 Mark verkaufte. Grunke wird wegen Rückfallsdiebstahls unter Verjagung mildernden Umstände zu 1 Jahr Zuchthaus und zu 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Bahmann erhält wegen Begünstigung 1 Monat Gefängnis, desgleichen Brandt wegen Hehlerei.

Bergehen. Der Gärtner Bruno Ebening aus Kleinstedt hat im Dezember v. J. zwei aus der Erziehungsanstalt zu Queblinburg entwichene Böglinge beherbergt und dem einen von ihnen ein Jagdgeschloß. Die Anklage erblickt hierin ein Vergehen gegen das Fürsorge-Erziehungsgesetz und verurteilt Ebening zu 9 Mark Geldstrafe ev. 3 Tagen Gefängnis.

Diebstahl. Am 19. Juli bestahl der Schulknabe Friedrich Vogelmann aus Nieserleben eine Wohnung, von der er als Zeitungsträger wußte, daß ihre Besitzer verreist waren. Der hoffnungsvolle Bursche, der wegen früherer Strafmündigkeit am anderen Diebstahl wüßte nicht hat verstoßen werden können, drückte nach allen Regeln der Kunst eine Scheibe ein, verschaffte sich hierdurch Eingang und stahl außer einem Stieglitz einen Feuerwehdsch (?), mit Koppel. Wegen schweren Diebstahls wird der jugendliche Angeklagte mit 1 Monat Gefängnis bestraft.

Sittlichkeitsverbrechen. Wegen Vornahme unzüchtiger Handlungen an Kindern unter 14 Jahren wird der vorbeurteilte Knecht Wilhelm Knauth aus Queblinburg zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Von der Anklage, sich auch noch in einem vierten Falle vergangen zu haben, wird der Unhold freigesprochen.

Unterschlagung. Vom Schöffengericht zu Queblinburg wurde der vorbeurteilte Müller Otto Wje von dort am 10. Mai wegen Diebstahls einer Taschenuhr zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach der Annahme des Vorderrichters hat der Angeklagte am 18. März einen Wanderkollekteur, mit dem er die Nacht in einer Scheune zugebracht hatte, gefesselt. Auf Grund der heutigen Beweisaufnahme steht fest, daß Wje die seinem Kollegen in der Scheune herausgefallene Uhr gefunden und unterschlagen hat. Demzufolge lautet das Urteil gegen ihn wegen Unterschlagung heute auf 1 Monat Gefängnis.

## Kleine Chronik.

### Die Angst vor der Revolution.

Eine Firma der Rüstwarenbranche in Ludwigs-Hafen a. Rh. hatte einer Wirtzeitung eine Annonce aufgeben, beginnend mit dem Schlagwort „Revolution auf dem Gebiete der Dreiecksreden bedeuten unsere automatischen Jahrmärkte“. Die Zeitung lehnte die Fassung aber ab mit dem Bemerkten, daß der Text anders gehalten werden müßte, da in dem ziemlich konservativen Leserkreis dieser Zeitung das Wort Revolution Anstoß erregen würde. Wie soll das erst werden, wenn wir einmal wirkliche Revolution in Deutschland bekommen!

### Eigenartiges Unglück.

In dem Lahmeyer-Werk zu Frankfurt a. M. wollte der Dachdeckermeister Lutz seinen Arbeitern, die mit Reparaturen auf dem Dache beschäftigt waren, Anordnungen geben und streckte dabei den Arm zum Fenster hinaus. Im selben Augenblick wurde der nicht am Fenster vorbeifahrende Laufkran in Bewegung gesetzt. Der Kran erfaßte den Arm und schnitt ihn oberhalb des Ellbogens ab.

### Baunglücksfälle.

Am Erweiterungsbau der Eisenbahndirection in Essen durchschlugen herabstürzende Steine ein Gerüst, auf dem sich drei Arbeiter befanden. Einer blieb tot, ein zweiter wurde schwer verletzt; der dritte rettete sich. Als Mittwochmittag zwölf Arbeiter auf dem Gerüst im Aufwärtzraum des neuen Schillertheaters in Charlottenburg herumhantierten, stürzte es plötzlich unter lautem Krachen zusammen. Während es der einen Hälfte der Arbeiter gelang, sich an den Seitenpfeilern festzuklammern, wurden die anderen in die Tiefe gerissen und erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen. Der Zustand eines Arbeiters ist bedenklich.

### Im Straßkanal begraben.

Bei einer Siedlung im Hamburger Stadtteil Alster stürzte eine Seitenwand ein und begrub den in dem 2 1/2 Meter tiefen Schacht allein befindlichen Mechanikergehilfen Redegall, dessen Kollege Göttemer sich auf kurze Zeit entfernt hatte, um einen Wösten herbeizuholen. Als er zurückkehrte, war das Unglück geschehen. Der Verunglückte konnte nur als Leiche ausgegraben werden; durch die ihn treffenden Verletzungen war ihm der Kopf breit gedrückt worden.

### Von einem Schwein angegriffen.

In Rabscheid in der Gifel wurde ein fünfmonatiges in der Wiege schlafendes Kind von einem Schwein im Gesicht derart angegriffen, daß die zurückkehrende Mutter das Kind tot fand.

### Auf die eigne Mutter geschossen.

In Benschbude (Schlesien) schoß der Knecht Kaufke auf seine eigne Mutter fünfmal mit dem Revolver und verwundete sie. Kaufke, der schon wegen Einbruchdiebstahls vorbeurteilt ist, wollte von der Mutter Geld erpressen. Er wurde verhaftet.

### Zu spät!

Dem domizillosen Bbbi ist, wie wir vor einiger Zeit meldeten, eine Erbschaft von mehr als 200 000 Mark zugefallen, doch konnte der Aufenthalt des Erben bisher nicht ermittelt werden. Wie nunmehr die Polizei in Leichen festgestellt hat, ist Bbbi bereits vor mehreren Jahren auf der Wanderschaft in Oßegg ertrunken. Er hinterließ einen Sohn und eine Tochter, deren Aufenthalt nicht bekannt ist. Die Erbschaft soll nun, wie verlautet, der Stadt Leichen in Sachsen zugefallen. Der Mann verkommt in Rot und Glend und ist dabei unwürdiger auf ein reiches Erbe. Wunderbar eingerichtete Geistesart!

## Kulturarbeit.

Eine Hinrichtung ist Mittwoch früh 6 Uhr im Gefängnis der Provinz durch den Schlichter Schwilke aus Breslau vollzogen worden, und zwar an dem Raubmörder Hysela, der den Richter bei einem Einbruchversuch in der Eintrachtstraße am 29. April 1905 ermordet hatte. Hysela beteuerte seine Unschuld bis zum letzten Augenblick.

### Im Fußballon zum Nordpol.

Der Amerikaner Wellman, der verüben will, im Luftballon den Nordpol zu erreichen, hat für dieses Jahr seine Absicht aufgegeben. Folgende Mitteilung von Wellman traf aus Spitzbergen ein: Ich habe beschlossen, die Fahrt nach dem Pol wegen der Fehler in der mechanischen Ausrüstung meines Luftschiffes in diesem Jahre nicht zu versuchen. Nach der im vorigen Winter in Hinsicht auf solche Möglichkeiten gemachten Ankündigung wird die Expedition nun im nächsten Jahre unternommen. Die Gesellschaft stellt jetzt ein großes Ballonhaus und andre Ausrüstungsgegenstände fertig und macht Experimente für die Kampagne 1907. Dieses Jahr ist nur noch der Vorbereitung geweiht, das nächste der Handlung. Unser Vertrauen auf Erfolg im nächsten Jahre wird durch die Arbeit dieses Sommers erhöht, welche durch unsere Wetterbeobachtungen. Die Motoren arbeiten gut und das Luftschiff ist in gutem Zustande; doch der Wagen und die mechanische Ausrüstung sollen während des Winters in Paris vollständig ausgebaut werden. Die Expedition wird im nächsten Mai hier einziehen und alles fertig vorfinden. Ich kehre Mitte September nach Europa zurück und lasse eine kleine Abteilung hier, um unser Hauptquartier zu bewachen. Wellman.

### Ein Tunnel durch den Montblanc.

In der französischen Schweiz wird der Plan, einen Tunnel durch den Montblanc zu bauen, von neuem lebhaft erörtert. Man hat die Absicht, Le Fayet-St. Gervais in Frankreich mit Gerneggore in Italien zu verbinden, wobei die vorhandene elektrische Bahn des Ghamonty benutzt und dann ein Tunnel durch den Montblanc von etwa zehn Kilometer Länge gebohrt werden soll. Die Kosten des Baues werden auf 80 Millionen Mark geschätzt, und die Bauzeit ist auf 6 Jahre berechnet. Der Ingenieur Monod hat bereits die Konzession von den italienischen Behörden erhalten und beantragt jetzt, wie die Pariser Blätter melden, mit den Französischen.

Verband der Steinsetzer u. Berufsge nossen  
Filiale Magdeburg.

Sonnabend den 1. September, abends 8 Uhr, findet unser diesjähriges

## Stiftungsfest

in der „Zerbster Bierhalle“, Schönningerstraße, statt.  
Karten à 10 Pf. sind im Lokal und bei den Hilfskassieren zu haben.  
Um rege Beteiligung bittet Die Verwaltung.

## Erster Sudenburger Musikklub Konkordia

Mitglied des Bundes der Arb.-Musikvereine für Magdeburg u. Umg.

Sonntag den 2. September

## Tanzkränzchen

im „Weißen Hirsch“ (Inhaber: H. Grurow)  
Neustadt, Friedrichsplatz 2  
Anfang nachmittags 3 Uhr.  
Öfne, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.  
Der Vorstand.

## Klein-Ottersleben und Umgegend.

Am Sonnabend den 1. September, abends 8 1/2 Uhr  
im Lokale des Herrn Schütze

## Großes humoristisches Konzert und Theater

ausgeführt von der  
Volkssänger-Gesellschaft Strzelwitz.

Auf vielseitigen Wunsch haben sich die Vorstände der gesamten Vereine genädigt gesehen, den Genossen Strzelwitz zu engagieren. Ehrenpflicht eines jeden organisierten Arbeiters ist es, mit Familie zu erscheinen.  
Programme sind im Vorverkauf zu 25 Pf. bei den hiesigen Kolporteurs und Vorständen der Gewerkschaften zu haben.  
Einen genüßreichen Abend versprechend ladet ein  
631 Das Komitee.

## Burg. Gesangverein Maicengr.

Sonnabend den 8. September 1906

## Feier des 3. Stiftungsfestes

im „Hofenzollernpark“  
bestehend in Instrumental- und Vokalkonzert,  
Theater und Ball  
638  
Vollständig neues Programm.  
Programme à 30 Pfennig sind bei den Mitgliedern und im „Hofenzollernpark“ zu haben.  
Saalöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
Freundlich ladet ein Das Komitee.

## Burg. den 2. September Burg.

## Grosser Ausflug

Abmarsch von Jesse, Holzstraße  
morgens 1/8 Uhr.  
Für Unterhaltung ist bestens gesorgt.  
Des schlechten Wetters wegen mußte der Ausflug am Sonntag ausfallen.  
Der Gewerkschafts-











# H. LUBLIN

Nach Geschäfts-Uebernahme

## Eröffnung Sonnabend

den 1. September



**Franz Stute**  
Kopfbüchler  
34 Schönebockerstr. 34  
empfiehlt  
Füllhüte, Seidenhüte, Chepeaux, cleanes, Hüden, Handschuhe, Strümpfen, Oberhemden, weiß und blau, Strogh., Manschetten, Taschentücher, Unterzeuge, Hosensträger, Regenschirme, Stühle, Porzellan, alles n. n.

**Nähmaschinen, Fahrräder, Näh- und Bringmaschinen**  
Beste deutsche Fabrikate verkauft zu billigen Preisen auch auf Zahlungsplan.  
**A. Bock, Sudenburg, Halberstadt**  
Spezialisten in eigener Werkstatt  
Pflüschrennerei  
Um die Verlässlichkeit unserer Nähmaschinen zu beweisen, verleihe die:

**Wichtige Tage bis 1. September im Schuhhaus Buckau**  
gegründet 1847  
Herrn Brauns, Buckau, Ecke Gärtenstrasse.

**Fleisch-Offerte.** 384

Rindfleisch, Schwarzfleisch . 75 Pf.	Gebacktes Rind- u. Schweinefleisch . 80 Pf.
Rindfleisch . 90	Keil . 75
Schmalz . 70	Rohwurst und Leberwurst . 100
Schmalz . 80	Bratwurst . 100
Schmalz . 85	Schmalzwurst . 100
Schmalz . 55-65	Schmalz . 80
Schmalz . 65-70	

**Schwibbogen 3, in der Ecke.**  
**Schuhmacher-Artikel, sowie Schäfte**  
alle gangbaren Sorten, in vorzüglicher Ausführung, empfiehlt  
**Gust. Hoffmeister**  
Prälatenstraße 21. 506 Annastraße 44

**Möbel**  
Sehr schöne moderne Wohn- und Schlafzimmermöbel in bester Ausführung und billiger Preisstellung empfiehlt  
**Albert Kalle**  
6-8 Finanzreichstraße 6-8.  
Ein n. ger. mod. Kinderwagen zu verkaufen Pödenborgerstr. 12, p. 1.  
Gutes Nähmaschinen Gar. Spottbillig & verlässig Georgenplatz 3 pt.  
Ein n. ger. mod. Kinderwagen zu verkaufen Pödenborgerstr. 12, p. 1.  
Gutes Nähmaschinen Gar. Spottbillig & verlässig Georgenplatz 3, part.

**Luhns waescht am besten**

**Silva!**  
Beste 2 Pf.-Zigaretten überall zu haben

**Trotz hoher Viehpreise!**  
Offiziere jeden Freitag und Sonnabend:  
Kahlfleisch a Pfd. 45-55  
Schweinefleisch a Pfd. 55-80  
Kahlfleisch a Pfd. 55-75  
**A. Bosse**  
Gr. Münzstraße 14.

**Halberstadt**  
Ernst Schatz, Hofschlächtere  
Wafenstraße 20 539  
Sucht einen jungen Burschen, der auch mit Pferden umgehen kann.  
E. f. neue Kinderbettstelle m. Matr. b. a. verl. Wolfenbüttelestr. 9, v. III  
Extra großes Landbrot empfiehlt **Max Vogelmann**, Fischlerkrugstraße 3. 273

**Von der Reise zurück!**  
**Dr. Liebermann**  
Magdeburg-Buckau  
Schönebiederstr. 21 II.

**Dreher**  
auf Dampfesselsarmaturen geübt, zuverlässig und nützlich, erhalten dauernde Beschäftigung. 274  
**P. Suckow & Comp.**  
Breslau, Johannisstraße 9-11.  
Zwei tüchtige Schlossergesellen für dauernde Arbeit können sofort eintreten bei **Carl Köppe & Sohn**, Dessau. 272  
**Jensdorf, Freiestraße 17**  
fortzugshalber Wohnung, 2 St., 2 u. 2, zum 1. Oktober zu vermieten.